

Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

21

Einführung der E-Akte

Schlanke Prozesse als Basis



E-Government

- **Kreis Coesfeld:**
Gemeinsame Strategie für die Digitalisierung von elf Städten und Gemeinden

Informationstechnik

- **Prozess-Management:**
Kooperationsprojekt am Niederrhein bringt Vorteile für alle beteiligten Kommunen

Praxis

- **Marburg:**
Bundesweiter Vorreiter bei der elektronischen Fernsignatur per Onlinebanking

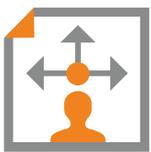
Spezial

- **E-Partizipation:**
Eine strukturierte Online-Bürgerbeteiligung ist immer noch die Ausnahme





Einladung: Gemeinsames Praxis-Seminar mit der Stadt Gütersloh



JCC-Besucher



JCC-Terminvereinbarung

Gemeinsam mit der Stadt Gütersloh veranstalten wir ein Praxis-Seminar zum Thema 'Effizienz durch kombinierte Systeme zur Terminbuchung, Besucheranmeldung/-steuerung und Raumreservierung'. Das Seminar inklusive Mittagessen ist kostenfrei.

Save the date: 29. September 2022 | 9:30 bis 13:15 Uhr.

Programm:

09:30-10:00 Uhr: Empfang mit Kaffee und Tee

10:00-10:15 Uhr: Begrüßung (JCC Software)

10:15-10:45 Uhr: Präsentation 'Innovative Terminvergabe' (Stadt Gütersloh)

10:45-12:15 Uhr: Präsentation 'Effizienz durch kombinierte Systeme zur Terminbuchung
Besucheranmeldung/-steuerung und Raumreservierung (JCC Software)

12:15-13:15 Uhr: Gemeinsames Mittagessen

Dürfen wir mit Ihnen rechnen?

Melden Sie sich gerne direkt über
unsere Website an:
www.jccsoftware.de



Mendelstraße 11 • 48149 Münster
T: 0251 980-1470 • www.jccsoftware.de • info@jccsoftware.de

Liebe Leserinnen und Leser,



das Vertrauen in Regierung, Staat und Politik nimmt ab. Das aktuelle Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission zeigt, dass fast 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nicht zufrieden sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Die Kritik am politischen System ist meist verbunden mit dem Wunsch nach mehr Beteiligung, so das Ergebnis einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Bürger wollen also nicht nur an Wahlen teilnehmen, sondern auch stärker an politischen Entscheidungen mitwirken.

Gerade die kommunale Ebene kann sich diesem Bedürfnis nach Mitsprache und Partizipation nicht entziehen. Neben Bürgerdialog und Bürgerforum setzen immer mehr Kommunen auf Online-Formate, auch einige Bundesländer haben eigene Plattformen aufgebaut. Auf dem zentralen Beteiligungsportal des Landes Nordrhein-Westfalen etwa wird ein ganzer Baukasten mit digitalen Modulen für Bürgerbeteiligung angeboten (Seite 40).

Im Spezial dieser Ausgabe lesen Sie außerdem, dass die Stadt Frankfurt am Main ein strukturiertes Verfahren plant (Interview Seite 42) und in Braunschweig an Leitlinien gearbeitet wird, die für klare Regeln bei der Bürgerbeteiligung sorgen sollen (Seite 44). Die Erwartung ist, dass politische Prozesse transparenter werden und die Legitimität von Entscheidungen erhöht wird. Denn: Mit dem Motto „Mehr Beteiligung wagen“ kann verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewonnen werden. Das gelingt allerdings nur, wenn die Vorschläge der Bürger auch berücksichtigt werden.

Ihr

Alexander Schaeff



ZEITWIRTSCHAFT
DIGITAL
AUF IHRE BEDÜRFNISSE
ABGESTIMMT



E-Government

Interview: Thomas Bönig, neuer Leiter des Amtes für Digitalisierung, Organisation und IT in Stuttgart, plädiert für echte digitale Services 8

Kreis Coesfeld: Die gemeinsame Digitalisierungsstrategie des Kreises und elf kreisangehöriger Kommunen erhält den NRW-Landespreis 10

Open Source: Der Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung ist laut einer Studie möglich 12

Titel

E-Akte: Rationalisierungspotenziale heben 14

Interview: Wie Erlangen auf die E-Akte umsteigt, berichtet Wolfgang Greska vom Amt für Digitalisierung und Informationstechnik 16

Mittelangeln: Die digitale Transformation pragmatisch angehen 18

Ascheberg: Klar strukturiert dank digitalem Aktenplan 20

Informationstechnik

Prozess-Management: 13 Kommunen am Niederrhein kooperieren 22

Anwendungsentwicklung: Wann agile Methoden zielführend sind 24

Kongress: Digitale Städte – Digitale Regionen in Hessen 26

Breitband: Den Überbau privatwirtschaftlicher Projekte vermeiden 28

Zeiterfassung: Mitarbeitende können mobil über den Browser buchen 30

Geodaten-Management: LoRaWAN und Digitaler Zwilling für Memmingen 31

Ausländerwesen: Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen wurde binnen drei Wochen entwickelt 32

Brandenburg: OZG-Pilotprojekte im Themenfeld Ein- und Auswanderung 34

Praxis

Marburg: Qualifizierte elektronische Fernsignatur per Onlinebanking 36

Werl: Neues Online-Terminvereinbarungssystem 38

Spezial

E-Partizipation: Immer mehr Kommunen lassen die Bürger mitreden 40

Interview: Eileen O’Sullivan, Digitalisierungs- und Teilhabe-Dezernentin in Frankfurt, und Ralf Sagroll, Leiter der Stabsstelle Digitalisierung, sprechen über strukturierte Beteiligungsverfahren 42

Braunschweig: Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung 44

München: Meldeplattform Radverkehr sorgt für Transparenz und Dialog 46

Your Voice: 3D-Modelle für den Partizipationsprozess 48

Rubriken:

Editorial 3
 News 6
 IT-Guide 50
 Vorschau, Impressum 58



Potenziale der E-Akte

Basis der digitalen Verwaltung ist die elektronische Aktenführung. Notwendig wird sie nicht nur durch die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes. Sie verhilft der Verwaltung auch zu einem optimaleren Ressourceneinsatz. Einige Kommunen haben bereits erfolgreich umgestellt.
 ab Seite 14



„Digitalisierung bedeutet für uns,
Entlastung für unser Team zu schaffen.“

eGovPraxis

Für
Sozialämter,
Jobcenter und
Personalämter
verfügbar

eGovPraxis unterstützt Sachbearbeitende, indem Ihnen praxisorientierte Rechtsinformationen, lokale Regelungen und Arbeitsmittel durch unsere Redaktion zentral und entlang des Arbeitsprozesses bereitgestellt werden. **Digital. Jederzeit. Von überall.**

- Für eine produktive Fall- und Vorgangsbearbeitung
- Für ein praxisorientiertes Rechtswissensmanagement
- Für ein effektives Einarbeiten von neuen Mitarbeitenden
- Für eine Digitalisierung, dort, wo sie gebraucht wird

Mit eGovPraxis sorgen Sie für Entlastung im Arbeitsalltag, mehr Rechtssicherheit und Zufriedenheit.

Jetzt die passende eGovPraxis auswählen & testen:

egovpraxis.de/editionen



twitter.com/k21news

Kreis Soest: Websites im neuen Gewand

Der Kreis Soest hat alle Websites überarbeitet. Neben dem responsiven Design und einer besseren Navigationsstruktur wird ein zeitgemäßes CMS eingesetzt.

- www.kreis-soest.de

Axians Infoma: OZG-Leistungen in ALWsystem

Axians Infoma hat OZG-Leistungen zur Ein- und Auswanderung wie Aufenthaltstitel und Daueraufenthaltsbescheinigung in das Verfahren ALWsystem eingebunden.

- www.axians-infoma.de

Essen: Online-Knöllchen im Einsatz

Die Stadt Essen hat die Parkscheinautomaten erneuert. Die Verkehrsüberwachung verteilt jetzt Online-Knöllchen, was Bürgern und Verwaltung Vorteile bringt.

- <https://verwarnungen.essen.de>

Saarland: Gigabitatlas liegt vor

Das Saarland macht die Fortschritte beim Breitbandausbau in einem Gigabitatlas sichtbar. Die Online-Karte zeigt, wo Netze geplant oder verfügbar sind.

- www.saarland.de



Handy-App Vialytics erkennt Schäden.

Mönchengladbach

App analysiert Radwege

In Mönchengladbach werden derzeit 260 Kilometer Radwegenetz digital erfasst und durch eine künstliche Intelligenz (KI) auf Schäden analysiert. Zum Einsatz kommt die Handy-App Vialytics. Die Radwege werden abgefahren, dabei nimmt die Smartphone-Kamera alle vier Meter ein Bild des Fahrradwegs auf und verortet dieses geografisch. In der Cloud werden die Fotos von einer künstlichen Intelligenz auf Schadensbilder untersucht und unterschiedliche Schadensarten wie Schlaglöcher, Risse oder fehlende Markierungen unterschieden und auch die Schwere der Schäden bewertet. Die Aktion, die noch bis Mitte 2023 läuft, ist Bestandteil des Smart-City-Projekts der nordrhein-westfälischen Kommune.

www.smartcity.mg



Braunschweig digital und in 3D.

Braunschweig

Virtuelle Stadt in 3D

Braunschweig stellt der Öffentlichkeit nun ein 3D-Stadtmodell zur Verfügung. Die Web-Anwendung erlaubt es, die niedersächsische Kommune aus der Vogelperspektive zu erleben und in freier 3D-Navigation zu erkunden. Ebenso ist sie ein wichtiges Instrument für die Verwaltung – etwa um Fragestellungen aus den Bereichen des Klimaschutzes und der Städte- und Verkehrsplanung zu beantworten. Mithilfe des Modells lassen sich städtebauliche Entwicklungen darstellen und beurteilen.

<https://braunschweig.virtualcitymap.de>

Niedersachsen

CIO besucht NOLIS

Auf eine stärkere Kooperation bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) haben sich Horst Baier, IT-Bevollmächtigter der Landesregierung in Niedersachsen, und die Verantwortlichen des Unternehmens NOLIS geeinigt. Wie der IT-Dienstleister mitteilt, kam diese Übereinkunft während eines Besuchs des CIO in der NOLIS-Zentrale in Nienburg zustande. Insbesondere kleinere Kommunen benötigen laut Baier Unterstützung bei der OZG-Umsetzung und der Digitalisierung im Allgemeinen. NOLIS-Geschäftsführer Uwe Warnecke stimmte dem zu und verwies auf die große Anzahl kleinerer Kommunen, die das Unternehmen betreut. „Ein

Düsseldorf

GeoShop ist eröffnet

Produkte des Vermessungs- und Katasteramts Düsseldorf können jetzt über einen GeoShop online erworben werden. Wie die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt mitteilt, wird damit erstmals ein völlig automatisiert ablaufender Online-Bestellprozess angeboten, der die Nutzenden von der Bestellung über die Produktlieferung eines Geodatenprodukts bis hin zur Bezahlung lenkt. Ein besonderes Augenmerk habe zunächst auf den Produkten des Liegenschaftskatasters gelegen. „Es werden zukünftig noch weitere Produkte über den GeoShop den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht“, kündigt Amtsleiter Thomas Weindel an. Bei der Kartenanwendung wird laut Stadtverwaltung auf die Anwendung Düsseldorf Maps zurückgegriffen.

www.duesseldorf.de

seit Jahren auf Online-Dienstleistungen ausgerichtetes CMS und eine bidirektionale Schnittstelle zum Zuständigkeitsfinder BUS Niedersachsen sind der Grundstein für eine effiziente und vor allem wirtschaftliche Umsetzung“, sagte Warnecke. NOLIS betreut nach eigenen Angaben derzeit mehr als 150 bidirektionale Schnittstellen zwischen kommunalem Content-Management-System (CMS) und dem Bürger- und Unternehmensservice Niedersachsen (BUS). Bei der Einbindung von Fachverfahrensherstellern setzt CIO Horst Baier auf eine Intensivierung der Bemühungen, dass diese eigene Front Ends anbieten oder Schnittstellen aus Online-Diensten in die Fachverfahren bereitgestellt werden.

www.nolis.de

Mehr Sicherheit für das Digitale Ich

Governikus sorgt für den Umgang mit sicheren elektronischen Identitäten.

Das Bundeslagebild Cybercrime 2020, veröffentlicht vom Bundeskriminalamt im Mai des vergangenen Jahres, spricht eine deutliche Sprache: mit wachsender Digitalisierung hat sich eine Underground Economy hervorgetan und Cybercrime-as-a-Service hat einen enormen Stellenwert eingenommen. Beliebte Handelsware: Digitale Identitäten! Aktuell zählt beispielsweise das Hasso-Plattner-Institut 12.769.188.186 kompromittierte Accounts insgesamt und 1.616.604 geleakte Accounts pro Tag. Diese Identitäten können der Ursprung für weitere Straftaten sein.

Der Schutzbedarf steigt

Wir bei Governikus beschäftigen uns seit vielen Jahren mit sicheren elektronischen Identitäten. Sie sind die Basis verbindlicher und schützenswerter Kommunikation – ob als Zugang zu Kommunikationsinfrastrukturen oder als Zugang zu Portalen.

Durch die zunehmende Vernetzung der digitalen Welt steigt der Schutzbedarf der IT-Systeme bei Behörden, öffentlichen Verwaltungen, Organisationen des Gesundheitswesens, Finanzinstituten und Unternehmen. Folglich wird dadurch die sichere Identifikation im Netz zu einer zentralen Herausforderung bei sämtlichen Digitalisierungsvorhaben. Je nach Bedarf und Anforderung an verlässlichem und vertrauenswürdigem Handeln unterscheidet sich das „digitale Ich“, das zudem meist mit unterschiedlichen persönlichen Daten gekoppelt ist. Vor diesem Hintergrund ist es uner-

lässlich, die Entwicklung und Festigung von Vertrauen in die jeweiligen IT-Infrastrukturen langfristig zu ermöglichen und so Vertrauen aufzubauen. Sichere digitale Identitäten bilden die Grundlage dafür.

Vielfalt als zentrale Herausforderung

In der digitalen Welt ist der Nachweis einer Identität sehr komplex: Durch die nicht physische Anwesenheit einer Person wird das Ausweisen und persönliche Identifizieren schnell zu einem Hürdenlauf. Sichere digitale Identitäten bieten hier die Möglichkeit zu überprüfen, ob eine Identität mit der in der realen Welt übereinstimmt. Denn durch die zunehmende Cyberkriminalität nehmen einerseits die Angst bei Bürgerinnen und Bürgern vor Identitätsdiebstahl andererseits die daraus entstehenden wirtschaftlichen Schäden zu.

Sichere digitale Identitäten mit verschiedenen Merkmalen und entsprechenden Vertrauensniveaus sind daher unerlässlich. Die Governikus eID-Lösungen sichern hierfür den Umgang mit verschiedenen Identitätstoken: vom Online-Ausweis über eIDAS-notifizierte Systeme unserer europäischen Nachbarn bis hin zum Umgang mit Identitäten sogenannter Identitätsprovider. Im Kontext Registerdatenaustausch ist die Zustimmung zu diesem elementaren Element – damit Bürger:innen das Recht zur informationellen Selbstbestimmung einerseits ausführen, andererseits aber aus Usability-Gesichtspunkten

der Austausch von Daten „Behörde-zu-Behörde“ ermöglicht wird.

Nutzerfreundlichkeit

Nutzerfreundlichkeit bedeutet im Regelfall auch, einen „Multi“-Ansatz anzubieten und die Nutzer:innen entscheiden zu lassen, mit welchem eID-Mittel ihrer Wahl sie sich authentisieren wollen; weil sie diesem entweder vertrauen oder weil sie im Umgang damit vertraut sind. Denken Sie an Ihre eigenen Online-Shopping-Erfahrungen: Sie können in den meisten Fällen entscheiden, womit Sie sich einloggen und bei jedem Kauf selbst entscheiden, wie Sie bezahlen möchten. Diese Erwartungshaltung haben Nutzer:innen heutzutage auch im Kontext der Verwaltung, bei Ihrer Krankenkasse etc. Um mit der Einbindung unterschiedlicher eIDs in die eigene Infrastruktur nicht unterschiedliche Schnittstellen bedienen zu müssen, kann diese Aufgabe von einem sog. Authentisierungsbroker übernommen werden. Dies bedeutet: Sie binden ein Modul ein, die Anbindung an die verschiedenen eID-Systeme übernimmt zentral der Broker.

Sie wollen mehr über aktuelle Themen rund um elektronische Identitäten erfahren? Sprechen Sie mit den Expert:innen von Governikus.

GOVERNIKUS
● ● ●

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen, Germany
www.governikus.de

Katalysator für Digitalisierung

Das OZG ist eine Sackgasse für Deutschland, sagt Thomas Bönig im Kommune21-Interview. Der neue Leiter des Amts für Digitalisierung, Organisation und IT (DO.IT) in Stuttgart plädiert für echte digitale Services und erläutert seine Pläne für die Landeshauptstadt.

Herr Bönig, seit Anfang Juli sind Sie Leiter des neuen Amts für Digitalisierung, Organisation und IT der Landeshauptstadt Stuttgart. Das Amt wird erst aufgebaut. Welche Strukturen wurden bereits geschaffen und was ist noch geplant?

Mitte April wurde das neue Amt gegründet, jetzt steht die Startkonfiguration. Hauptziel ist es, die Digitalisierung in der gesamten Stadt voranzubringen und dafür sind wir der Katalysator. Ich will das Amt digitaler und moderner aufstellen und zum Beispiel die Hierarchien abflachen. Wir werden uns mehr in Communities organisieren, verstärkt agil arbeiten und auch digital besser kommunizieren sowie die Team-Bildung voranbringen.

Wie wird das Amt agieren?

Unsere Kunden sind Ämter und Eigenbetriebe der Stadt Stuttgart. Sie bringen ihr Know-how bei uns ein und sagen beispielsweise, welche Prozesse priorisiert digitalisiert werden sollen. Ziel ist es, eine Art Generalunternehmer für Digitalisierungsprojekte zu werden. Wir liefern aus dem Amt DO.IT Beratung, Konzeption, Technik und die gesamte Implementierung, am besten mit Erfolgsgarantie. Dabei ist klar, dass wir nicht alles selbst machen

können. Die jetzigen Dienstleister wie etwa Netze BW und Komm. ONE werden eingebunden und es wird auch externe Beratung nötig sein. Im Kunden-Management schaffen wir einen Single Point of Contact, um alle Dienstleistungen zu optimieren.

Sie waren zuvor Chief Digital Officer (CDO) in München. Was hat Sie nach Stuttgart gezogen?

Die Aufgabe als CDO in München hatte den Reiz, dass ich eine ganze Stadt in dieser Größenordnung digitalisieren durfte. Das war beruflich eine große Chance. Allerdings hat sich die Politik in München jetzt dafür entschieden, stärker auf Open Source Software zu setzen. Nun bin ich weder für oder gegen Open Source, aber es gibt Bereiche, in denen es nicht zielführend ist. Wenn Digitalisierung von einer politischen Ideologie dominiert wird und nicht das beste Ergebnis wichtig ist, sondern das Werkzeug, dann kann man nicht erfolgreich sein. Für mich war damit absehbar, dass ich meine beruflichen Ziele nicht mehr erreichen kann.

In der Stuttgarter Stellenausschreibung hieß es, der Amtsleiter soll langfristig die digitale Transformation vorantreiben und die Stadt zukunftsfähig



Thomas Bönig

machen. Wie wollen Sie für den nötigen Push-Effekt sorgen?

Das neue Amt wird eine serviceorientierte Organisation sein. Leistungen werden kontinuierlich optimiert, damit die Ämter ihre Dienstleistungen gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft besser erbringen können. Das ist unsere Mission, vor allem nach außen wirken und nicht nur nach innen. Natürlich werden wir Prozesse streichen, verschlanken, neu gestalten und Schnittstellen reduzieren. Hier sind auch die Fachbereiche gefordert. Und wir etablieren einen Stab, der die digitale Transformation der Landeshauptstadt Stuttgart eng begleitet. Alle Informationen wie Finanzlage, Stand der Projekte oder Ressourcenauslastung werden hier

gebündelt. Damit schaffen wir Transparenz gegenüber der Verwaltungsspitze, dem Gemeinderat und allen anderen Ämtern. Ich setze darauf, dass so bessere Entscheidungen getroffen werden können.

Wie würden Sie aktuell den Digitalisierungsstand in der Stadt Stuttgart beschreiben?

ergibt keinen Sinn, in einer Sackgasse noch mehr Gas zu geben.

Es heißt aber, das OZG habe für einen Schub bei der Digitalisierung gesorgt.

Ja, das OZG ist ein Schritt nach vorne, aber auch in die falsche Richtung. Die strategische Ausrichtung halte ich bisher für eine

einem Umzug sollte man als Bürger einfach angeben können, ich ziehe nach Stuttgart, die Daten kommen aus München, wenn noch etwas benötigt wird, bitte melden. Dazu registriere ich mich als Bürger mit meiner digitalen ID auf einer Plattform und kann hier alle Verwaltungsangelegenheiten einfach und direkt regeln.

„Echte digitale Services bringen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für das Amt.“

Wie in anderen Kommunen auch gibt es noch Lücken. Gerade an neuralgischen Punkten fehlen digitale Angebote. Die Verwaltung ist auch in diesem Bereich abhängig von Rechtsvorschriften, Formalien und Gesetzen, was dazu führt, dass alles länger dauert als in der Wirtschaft. DO.IT wird anstreben, dass wir in Stuttgart schneller vorankommen mit der Digitalisierung.

Eigentlich sollte das Onlinezugangsgesetz (OZG) flächendeckend für Online-Services sorgen und die Digitalisierung in den Kommunen beschleunigen. Davon ist wenig zu sehen. Wo liegen die Gründe aus Ihrer Sicht?

Das Onlinezugangsgesetz ist eine Sackgasse für Deutschland. Man muss ehrlich sein: Wir sind bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung inzwischen ein drittklassiges Land im weltweiten Vergleich. Das OZG führt dazu, dass nur Online-Services geschaffen werden, nicht digitale Angebote. Das heißt, auf bestehende Anwendungen wird mehr oder weniger eine Online-Maske gesetzt und dann weiter mit PDFs gearbeitet. Auch der angekündigte OZG-Booster wird daran nichts ändern. Es

Fehlentscheidungen. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht davon profitieren, wenn die Online-Services sie zu Sachbearbeitenden machen. Zudem muss der Vor-Ort-Service aufrechterhalten werden, es wird also weiter konventionell gearbeitet. Dass es zu relevanten Entlastungen der Verwaltung kommt, kann ich mir nicht vorstellen. Und es stellt sich die Frage, ob die Services auch Akzeptanz finden. Wenn etwas zu kompliziert ist, wird es heutzutage nicht genutzt. Für die OZG-Umsetzung werden enorme Ressourcen aufgewendet für Dienste, die hinterher kaum angenommen werden.

Was ist also zu tun?

Die Kommunen wollen ihre Verwaltungen digitalisieren, aber sie brauchen Begleitung. Insbesondere kleinere Gemeinden verfügen nicht über die Mittel von Landeshauptstädten. Nötig wäre zum Beispiel eine Agentur, die für kleinere Kommunen die Digitalisierung übernimmt, sie berät und fertige Lösungen anbietet. So könnten digitale Services entstehen, die auf bürgerzentrierten Prozessen basieren. Bei

Bei der digitalen Transformation ist jetzt viel von einem Kulturwandel die Rede. Was heißt das konkret?

Kulturwandel in der Verwaltung bedeutet vor allem weniger Bürokratie und Hierarchien. Organisationsformen müssen überdacht und Fachkarrieren sollten ermöglicht werden. Kulturwandel heißt auch, dass jede neue Leistung, jeder neue Prozess Digital First umgesetzt wird und die Verwaltung bürgerzentriert denkt. Die kommunalen Geschäftsprozesse müssen als echte digitale Services Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger bringen und nicht nur für das Amt.

Wie wollen Sie die Mitarbeitenden der Stadt Stuttgart motivieren, die Digitalisierung umzusetzen?

Wir werden den Kulturwandel im eigenen Amt umsetzen und Vorbild sein. Menschen haben schon immer Gemeinschaften gebildet, um große Ziele zu erreichen. Wir müssen im gesamten Amt ein Team werden und auch alle an einem Strang ziehen. Wenn jeder für sich agiert, wird es wohl bleiben, wie es war.

Interview: Alexander Schaeff

Innovative Zusammenarbeit

Patrick Klumpe

Der nordrhein-westfälische Kreis Coesfeld sowie seine elf zugehörigen Städte und Gemeinden arbeiten an einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie. Dafür wurden sie mit dem Landespreis für innovative interkommunale Zusammenarbeit geehrt.

Gemeinsam, ganzheitlich und systematisch gehen der Kreis Coesfeld und seine Städte und Gemeinden mithilfe ihrer Digitalisierungsstrategie „Coesfeld 12.0 – Im Kreis gemeinsam digital“ die Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung im öffentlichen Raum an – und haben dabei immer die Mehrwerte für das Leben der Bürgerinnen und Bürger im Blick. „Nachahmenswert und ideenreich“ findet dies das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen und zeichnete den Kreis und die elf zugehörigen Städte und Gemeinden kürzlich mit dem „Landespreis für innovative interkommunale Zusammenarbeit“ aus. Ein Verdienst, dem in den vergangenen Jahren intensive Planungen und zahlreiche Abstimmungen vorausgingen.

Der erste Workshop im Juni 2019 markierte zugleich den Start in die Analysephase. Die Teilnehmenden, darunter der Landrat des Kreises Coesfeld Christian Schulze Pellenhahr sowie die elf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, analysierten zunächst die Ausgangssituation in den Städten und Gemeinden und trugen zusammen, welche aktiven Netzwerke, Kooperationen und laufenden Projekte es bereits gibt. Im

Anschluss an den Workshop ermittelten die Akteure, wo regional innerhalb der Handlungsfelder Bedarfe für digitale Lösungen liegen und wie groß der Gestaltungsspielraum für die Kommunen jeweils ist.

Parallel analysierten die Kreisentwicklung und die Wirtschaftsförderung des Kreises Coesfeld den überregionalen Stand der Entwicklungen in den Handlungsfeldern und glichen diesen mit der Situation im Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ab. Fachlich begleitet wurden sie dabei von Professor Björn Niehaves von der Universität Siegen. Neben der Inhaberschaft des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik und seiner Forschungstätigkeit ist er auch als Berater für führende Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und internationale Organisationen tätig.

So konnten Leitbilder und Zielsetzungen herausgearbeitet sowie konkrete Handlungsfelder für die Region definiert werden. Ausge-



Mit dem kommit-Shuttle werden Fahrten intelligent gebündelt.

hend davon wurden dann individuelle Projektsteckbriefe erarbeitet. Das Ergebnis dieses Erarbeitungsprozesses sind insgesamt 28 Einzelprojekte in fünf Themenfeldern, die in der gemeinsamen Digitalisierungsstrategie festgehalten wurden.

Die Themenfelder wurden daraufhin unterschiedlichen Prioritätengruppen zugeordnet. Die Felder Verwaltung und Bildung konstituieren die Prioritätengruppe 1, da diese mit gesetzlichen Vorschriften und Fristen versehen sind und es dafür bereits kreisweite Arbeitsstrukturen und Projekte gibt. Prioritätengruppe 2 umfasst die Handlungsfelder Wirtschaft, Mobilität sowie Innenstadt/Dorfmitte. Hierfür werden derzeit Projekte im Kreis sowie den Städten und Ge-

meinden umgesetzt. Nachgelagert bearbeitet wird die Prioritätengruppe 3, darin finden sich die Handlungsfelder Gesundheit, Kultur und Tourismus.

Um die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie voranzutreiben, wurde im Kreis Coesfeld eine Digitalagentur aufgebaut, in welcher der Kreis sowie die elf Städte und Gemeinden ihre Ressourcen bündeln, um die Projektumsetzung zu koordinieren und übergeordnete Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehören der Projekt-Support, die Fördermittel-Akquise, die Markenbildung intern und extern, das Technologie-Scouting sowie die Weiterentwicklung der Strategie. Zudem vernetzt sie die verschiedenen internen und externen Akteure.

„Kern der Strategie ist – neben der konkreten Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben – das gemeinsame Lernen und Wachsen. Darum möchten wir die Strategie auch nicht als starre Marschrichtung, sondern als eine flexible, veränderbare Handlungsübereinkunft verstanden wissen“, erklärt die Smart-Region-Koordinatorin des Kreises Coesfeld, Helena Mense Oliveira, bei der die Fäden zum Thema Digitalisierung zusammenlaufen.

Nächster Schritt ist die gemeinsame Kommunikation nach außen, für die sich die kommunale Familie jüngst auf eine gemeinsame Wort-Bild-Marke mit dem Claim „Gemeinsam. Digital. Im Kreis Coesfeld“ verständigt hat. „Es gibt noch viele Bürgerinnen und Bürger, die beim Thema Digitalisierung eher zurückhaltend sind und neue Angebote unter anderem als zu technisch oder zu unpersönlich empfinden.

Ihnen – und natürlich auch allen anderen – möchten wir zeigen, welchen Nutzen die Veränderungen für sie haben und bei ihnen eine Offenheit dafür erzeugen, Neues auszuprobieren. Jeder einzelne kann von der Digitalisierung profitieren. Das wollen wir mit einer gemeinsamen Kommunikation im Kreis Coesfeld verdeutlichen“, erklärt Landrat Christian Schulze Pellengahr. Dabei helfen sollen sowohl Veranstaltungen für Fachleute als auch für die breite Öffentlichkeit, welche die Digitalisierungsmöglichkeiten erlebbar machen. Das versetzt vor allem Bürgerinnen und Bürger in die Lage, sich selbst in den Digitalisierungsprozess einzubringen und die Entwicklungen aktiv durch ihr Feedback mitzugestalten.

Stand jetzt ist in den Kommunen schon einiges passiert: Viele Verwaltungsangelegenheiten können die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile digital erledigen. In Nordkirchen kann ein E-Lastenrad per App ausgeliehen werden. In Billerbeck können Bürgerinnen und Bürger wild abgeladenen Müll, defekte Straßenbeleuchtungen oder vergessene Baustellenschilder per App an die Stadt melden und dort auch den Bearbeitungsstatus verfolgen. Havixbeck hat seinen Dorfplatz in den digitalen Raum verlegt. Hier können Informationen ausgetauscht, Nachbarschaftshilfe angeboten oder über den digitalen Marktplatz Dinge getauscht und verkauft werden.

In Senden dreht sich alles um das Thema Mobilität, etwa beim über Algorithmen gesteuerten On-demand-Verkehr: Seit August 2021 ist hier der kommit-Shuttle ohne festen Fahrplan und mit Haustürbedienung unterwegs. Ein Algorithmus

sorgt dabei dafür, dass Fahrten intelligent gebündelt und Wegestrecken optimiert werden. Und im LoReNa-Projekt arbeiten mehrere Kommunen an einem Online-Marktplatz für den lokalen Vertrieb regional erzeugter Produkte. Eine Übersicht zum Digitalisierungsgeschehen im Kreis Coesfeld wird nach und nach auf einer im Aufbau befindlichen Website zusammengetragen.

All diese Angebote setzen natürlich eine leistungsfähige digitale Infrastruktur voraus. Und die ist im Kreis Coesfeld in weiten Teilen verfügbar. 90 Prozent der Kreisfläche sind mit Glasfasernetzen erschlossen. Damit werden 75 Prozent aller Anschlussnehmer (Haushalte und Unternehmen) erreicht – ein Spitzenplatz in NRW. Aber auch im Mobilfunk konnten in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen erzielt werden. Ausgehend von Messfahrten im Jahr 2017 wurde gemeinsam mit den Mobilfunkbetreibern systematisch nach Lösungen zur Verbesserung der LTE-Abdeckung gesucht. Mit sehr gutem Erfolg: Laut einer aktuellen Untersuchung der Umlaut AG aus Aachen kann der Kreis Coesfeld mit einer der besten LTE-Versorgungen aller Flächenkreise in Deutschland punkten. Jetzt rückt zusätzlich der 5G-Ausbau in den Blick. Auch hier sind die ersten Mobilfunkanlagen bereits in Betrieb.

Patrick Klumpe ist beim Kreis Coesfeld als Projekt-Manager für das Projekt Smarte.Land.Regionen tätig.

Link-Tipp

Weitere Infos zu den digitalen Projekten des Kreises unter:

- www.kreis-coesfeld-digital.de

Grünes Licht für Linux

Marita Blank-Babazadeh / Sascha Kern

Open-Source-Systeme können fast alle Anforderungen abbilden, die ein IT-Arbeitsplatz der öffentlichen Verwaltung erfüllen muss. Zu diesem Ergebnis kommt die von Dataport durchgeführte Untersuchung „Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung“.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat sich zum Ziel gesetzt, die rund 25.000 IT-Arbeitsplätze der Landesverwaltung in den kommenden Jahren so weit wie möglich auf das Open-Source-Betriebssystem GNU/Linux (kurz: Linux) umzustellen. Damit will das Land seine digitale Souveränität stärken. Der Landtag hat dazu in der vergangenen Legislaturperiode einstimmig beschlossen, dass Open-Source-Lösungen Vorrang haben, wenn Programme verändert werden oder neue Software zum Einsatz kommen soll. Schleswig-Holstein hat bereits gute Erfahrungen mit Open Source Software im Rechenzentrumsumfeld gesammelt. Der Schritt, auch IT-Arbeitsplätze auf Linux umzustellen, ist eine logische Konsequenz, um sich weiter von stark lizenzgebundenen, proprietären Systemen einzelner Hersteller zu lösen.

Es genügt dafür jedoch nicht, einfach das Betriebssystem auszutauschen. Es gibt diverse Anforderungen, damit der IT-Betrieb und die tägliche Arbeit auch unter Linux wie erwartet laufen. Um einen Überblick darüber zu bekommen, ob die Umstellung realisierbar ist, hat das Ministerium für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (ME-

LUND) des Landes Schleswig-Holstein seinen IT-Dienstleister Dataport mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Eine Kurzfassung, die Studie „Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung“, haben das Ministerium und Dataport im Mai dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie fasst die wesentlichen Inhalte der Machbarkeitsstudie zusammen: Anforderungen an eine Umstellung, Lösungswege, Grenzen. Ein Kernergebnis: Die Umstellung der IT-Arbeitsplätze auf Linux ist prinzipiell machbar.

Um zu untersuchen, ob sich das Linux-Betriebssystem für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung eignet, erhob Dataport zunächst, welche Anforderungen sich an die Infrastruktur und die IT-Prozesse ergeben. So muss der zentrale Betrieb der IT-Arbeitsplätze auch unter Linux weitgehend automatisiert möglich sein. Zentrale Dienste wie die Identitätsverwaltung, E-Mail- oder Druckdienste sowie die IT-Service-Prozesse müssen angepasst werden. Für jede dieser Anforderungen wurde der Aufwand für die Integration des neuen Betriebssystems in die bestehende Infrastruktur bewertet.



Verwaltungsarbeitsplätze: Migration auf Linux ist machbar.

Besonders herausfordernde Themen hat Dataport im Detail betrachtet, etwa die Bereitstellung nativer Fachanwendungen. Gemeint ist damit Software, die ausschließlich auf Windows-Betriebssystemen läuft. Das betrifft viele Anwendungen, mit denen Verwaltungen arbeiten, zum Beispiel die elektronische Aktenverwaltung. Ein Ergebnis: Es braucht alternative Übergangslösungen und einen Parallelbetrieb, da nicht alle Fachanwendungen sofort durch Linuxkompatible Software ersetzt oder angepasst werden können.

Grund hierfür ist die umfangreiche und sehr heterogene Landschaft der Fachanwendungen in der Verwaltung, die sich bisher am De-facto-Standardbetriebssystem Windows orientiert. Deswegen wird eine der arbeitsintensivsten Aufgaben sein, die Fachanwendungen in den Linux-Arbeitsplatz zu integrieren.

ren. Hier empfiehlt sich ein Vorgehen in vier Schritten. Erstens: Die verwendeten Fachverfahren dahingehend zu analysieren, ob sie unter Linux genutzt werden können. Zweitens: Eine Lösung für die technische Bereitstellung jeder Fachanwendung unter Linux ermitteln. Drittens: Diese alternative Bereitstellung technisch umsetzen und viertens: Die Vielzahl der Anwendungen in der Verwaltung in Richtung Plattformunabhängigkeit fortzuschreiben.

Auch für Dienste, welche die IT-Arbeitsplätze der Verwaltung aus der Rechenzentrumsinfrastruktur auf Basis der bestehenden Microsoft-Software nutzen, wird ein Parallelbetrieb notwendig sein; der Übergang zu Linux wird schrittweise erfolgen. Einer der wichtigsten Aufträge der Machbarkeitsstudie war deshalb, zu prüfen, wie die vorhandene Microsoft-Arbeitsplatz-Infrastruktur weitergenutzt werden kann, falls dies erforderlich ist. Dabei sollte Dataport auch aufzeigen, wie interoperabel der Microsoft- und der Linux-Arbeitsplatz zum Beispiel in der Netzwerkinfrastruktur, in der übergreifenden Identitätsverwaltung, bei gemeinsamen Speichersystemen oder Dateiablagen sind.

Ein weiteres zentrales Arbeitspaket war das System-Management, das Herzstück einer zentralen Verwaltung der Arbeitsplätze. Bestehende Prozesse müssen so angepasst werden, dass sie auch das

Linux-System-Management unterstützen. Dazu zählt etwa, Arbeitsplätze mit einer optimierten Vor-konfiguration automatisiert zu installieren (zum Beispiel Basis-Software, Nutzeroberfläche), Systeme kontrolliert aus der Ferne zu aktualisieren oder neue Software einzurichten.

Es zeigt sich: Das Aufgabenspektrum für die Umstellung ist vielfältig. Eine wesentliche Herausforderung für eine zukunftssichere Migration ist, dass die verschiedenen Systeme kompatibel sind. Das kann beispielsweise durch plattformabhängige Entwicklung gelingen und sollte bei der Umstellung berücksichtigt werden. Neben den technischen Aspekten sind aber auch organisatorische Punkte rele-

vant, das betrifft sowohl den IT-Dienstleister als auch die Verwaltung. So ist etwa frühzeitig eine geeignete Personalentwicklung notwendig, da die Umstellung Aufgaben verändert und neue Aufgaben mit sich bringt, zum Beispiel bei der Unterstützung der Anwendenden. Zudem müssen bestehende organisatorische Prozesse an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, zum Beispiel an die im Open-Source-Kontext übliche Zusammenarbeit mit Communities. Auch sollten die Anwender über eine Umstellung frühzeitig informiert, sensibilisiert und eingebunden werden.

Dr. Marita Blank-Babazadeh arbeitet bei Dataport als strategische IT-Beraterin zu Open-Source-Themen; Sascha Kern ist Lösungsarchitekt bei Dataport.

Anzeige



i Wie die Umsetzung des OZG gelingt, erfahren Sie in unserem aktuellen E-Magazin unter: <https://bit.ly/3BRZA8B>

Unser Kurs:
Verwaltungsdigitalisierung

Digitale Verwaltung braucht keinen Mut – also: Volle Fahrt voraus! Mit einem erfahrenen Partner an der Seite und passgenauen IT-Lösungen für exzellenten Bürgerservice!

www.kdo.de

KDO
IT für Kommunen

Link-Tipp

Die Kurzstudie ist zu finden auf der Dataport-Website:

- www.dataport.de

Potenziale heben

Frank Zscheile

Die E-Akte gehört zu den noch nicht erschlossenen Rationalisierungspotenzialen der Verwaltung. Für die Digitalisierung raten die Software-Hersteller den Kommunen, sich bei der Prozessgestaltung nicht im Detail zu verlieren und das Front End mitzudenken.

Seit 1995 gibt es in Österreich keine Zulassungsstelle mehr – das erledigen die Kfz-Versicherer gratis. Auch in anderen europäischen Ländern werden solche Verwaltungsvorgänge längst zentral von einer einzigen Stelle geregelt. Hierzulande werden bundesweit 874 Kfz-Zulassungsstellen gezählt. „Die Kfz-An-, -Um- und -Abmeldung in Deutschland elektronisch hinzubekommen, hat deshalb trotz vieler Bemühungen bislang noch nicht funktioniert“, klagt Professor Robert Müller-Török von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. Er fordert eine schnelle Verschlinkung behördlicher Vorgänge, „sonst bringt auch die elektronische Akte nichts. Erst durch Verschlinkung reduziert man Komplexität und kann sich auf die Prozesse konzentrieren, die sich dann automatisieren lassen.“

Öffentliche Verwaltungen brauchen nach Einschätzung von Stephan Kramer, Senior-Vertriebsbeauftragter bei Optimal Systems Hannover, dringend eine Infrastruktur, die nur mithilfe der E-Akte ermöglicht wird. „Daten können binnen weniger Sekunden über die Volltextsuche aufgerufen werden. Smartes, zeitgleiches und mobiles Arbeiten, die umfassende Integri-



Ohne E-Akte gibt es keine Verwaltungsdigitalisierung.

on der Daten von Fachverfahren, die nachhaltige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und weitere digitale Projekte sind nur mit der E-Akte als erstem Schritt der Digitalisierung zu realisieren.“

Anders als in Industrieunternehmen mit ihren zehn bis 20 Kernprozessen gibt es selbst in einer mittelgroßen Verwaltung gut und gerne 300 Prozesse. Dies hat im Laufe der Zeit zu isolierten Software-Lösungen für die Bearbeitung und Ablage geführt. Genau jene Vielfalt, darin sind sich die Fachleute einig, ist im föderalen Deutschland der größte Hemmschuh auf dem Weg zu einer wirklich durchgängigen Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsabläufen – dem Sinn und Zweck elektronischer Akten.

Robert Müller-Török hält die Einführung der elektronischen Akte bei irgendeiner Teilkörperschaft für suboptimal. „Dann hat nur wieder jede Verwaltung, jedes Amt auf Landes- oder kommunaler Ebene eine eigene E-Akte-Lösung.“ Zwar sei zu begrüßen, dass etwa das Land Baden-Württemberg an dieser Stelle inzwischen weit vorangeschritten ist. Dort befindet sich die E-Akte seit Mitte 2020 im landesweiten Roll-out, nach einer sechsmonatigen Pilotierung in sieben Behörden. „Aber damit wird noch nicht einmal die ganze Landesverwaltung abgedeckt, sondern gerade einmal die Zentralstellen und die Ministerien, nicht hingegen Hochschulen, Gemeinden und andere Stellen, die am Aktenlauf ebenfalls beteiligt sind.“ Für Philipp Perplies, Geschäftsfüh-

rer des Unternehmens develop public sector, sind das Klein-Klein des Föderalismus und damit verbundene mögliche Probleme beim Austausch zwischen unterschiedlichen Aktenlösungen in verschiedenen Verwaltungen kein Thema. „Hier haben die Hersteller inzwischen Lösungen für den Datenaustausch über die XÖV-Transportformate geschaffen.“ Er bemängelt eher, was den Bürgerinnen und Bürgern am Front End angeboten wird. „Es gibt hierzulande kaum Apps oder einheitliche Portale mit einfacher Benutzerführung, über die man alle Belange gleichermaßen angehen kann – sei es bezogen auf den Kreis, die Stadt, den Bezirk oder das Land.“ Zuständigkeiten und Zuordnung zu den einzelnen E-Akten würden im Hintergrund automatisch hergestellt. Die Realität in Deutschland: Bei einfachsten Verwaltungsakten muss man sich oft durch verschiedenste Plattformen, Web-Seiten und Services klicken. An die Kommunen appelliert Perplies deshalb, die Bürger besser auf ihrer Customer Journey zu begleiten.

Zunächst aber gilt es, die angesichts des Onlinezugangsgesetzes künftig stark zunehmende Anzahl an elektronisch eingereichten Anträgen verarbeiten zu können. Hierfür müssen entsprechende Ablagen und Prozesse geschaffen werden. Immer mehr Kommunen beschäftigen sich daher mit dem Thema E-Akte und stellen dafür Ressourcen bereit. Auch auf oberer Führungsebene gibt es mittlerweile ein Bewusstsein für das Thema. Gleichwohl sind viele noch im Hintertreffen und haben erst einzelne Prozesse umgesetzt. Die Stolperfalle dabei: Man verliert sich im Detail.

Gefragt sind vielmehr generische Ansätze. „Kommunen sollten nicht auf Biegen und Brechen jeden Prozess durchmodellieren und komplett automatisiert durch Software ablaufen lassen, sondern an die Eigenverantwortung ihrer Mitarbeitenden appellieren“, schlägt Philipp Perplies vor. Für jede Antragsart sollte ein Empfänger oder eine Empfängergruppe definiert werden, die dann selbst entscheidet, wer als nächstes in der Bearbeitung an der Reihe ist. Durch ein solch generisches Vorgehen und eine tendenziell schablonenhafte Workflowsoftware, mit der man 100 verschiedene Antragsarten digital durchs Haus leiten kann, gewinnen Verwaltungen Geschwindigkeit und könnten viele Prozesse gleichzeitig umsetzen.

Wolf Steinbrecher vom Forum Agile Verwaltung kritisiert die gängigen DMS-Lösungen – Grundlage jeder E-Akte – noch einmal grundsätzlich: „Die jetzigen Schnittstellen zwischen Dokumenten-Management-System (DMS) und Fachverfahren beziehen sich rein auf Dokumente. Was fehlt, sind Datenschnittstellen, damit das DMS von einem Archiv- zum übergeordneten Informationsmanagement-System mit einer Datenbankstruktur werden kann.“ Einige Hersteller hätten dies inzwischen „mit Klimmzügen“ realisiert, andere wiederum seien in ihrer gesamten Datenbankstruktur so alt, dass sie es auch nachträglich nicht einbauen können. Eine Einschätzung, welche die DMS-Hersteller nicht vorbehaltlos teilen dürften. Steinbrecher beklagt indes das Fehlen einer übergreifenden Vision. „Eine Mitverantwortung dafür tragen die Kommunen. Sie müssen den Lieferanten mehr Dampf in dieser Richtung machen.“

Ungeachtet dessen gibt es zahlreiche Kommunen, die das beklagte Klein-Klein inzwischen hinter sich gelassen haben. Zum Beispiel die Stadt Osnabrück, die eine durchgehende Digitalisierung umgesetzt hat. Bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen, der größten des Landes Rheinland-Pfalz, hat wiederum Lorenz Orga-Systeme eine E-Akte eingeführt, die das Basiselement für die Digitalisierung darstellt. Als Herzstück der Verwaltung setzt sie sich aus einem System für Dokumenten-Management, Workflow und Archiv zusammen. Maria Veltjens aus dem Fachbereich Zentrale Dienste/Controlling/Organisation sagt: „Wir haben uns von Anfang an ernsthaft um das Thema gekümmert. Nebenbei lassen sich solche Vorhaben nicht stemmen, weswegen eine Kommune eigens dafür geschultes Personal bereitstellen sollte.“

Der Landkreis Rostock betrachtet in seinem Projekt „Das digitale Kreisarchiv – E-Akte neu gedacht“ den gesamten Lebenszyklus elektronischer Akten. Unterstützt wird die Kommune dabei von den Software-Firmen PDV, scope solutions und brain-SCC.

Zahlreiche weitere Projekte von unterschiedlichen Software-Anbietern wurden in den vergangenen Monaten vorangetrieben. Denn fest steht: Im öffentlichen Dienst wird es in den kommenden Jahren einen großen Leidensdruck angesichts leerer Kassen geben. Viele bislang nicht gehobene Rationalisierungspotenziale werden in diesem Zuge noch erschlossen werden. Und die E-Akte gehört definitiv dazu.

Frank Zscheile ist IT-Journalist in München.

Mit Masterplan zur E-Akte

In Erlangen wird flächendeckend auf die E-Akte umgestellt. Wie wichtig bei einem solchen Projekt pragmatisches Handeln ist, erklärt Wolfgang Greska vom Amt für Digitalisierung und Informationstechnik.

Herr Greska, welche digitalen Ziele verfolgen Sie in der Stadt Erlangen?

Wir digitalisieren bereits seit Langem, das ist für die Stadt Erlangen nichts Neues mehr. Es hat ganz klassisch mit der Transformation vom Analogen ins Digitale begonnen. Das ist das erste und essenzielle Ziel für alle weiteren Vorhaben. Unsere gegenwärtige Herausforderung ist die digitale Durchgängigkeit, was unter anderem bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger die Anträge oder Anliegen digital einstellen und auf diesem Wege ein digitales Er-

nikation mit den Bürgern. Wie gehen Sie mit dieser Herausforderung um?

Wir haben uns jetzt eine Zeit lang mit dem Scannen beschäftigt, was für uns lediglich eine Zwischenlösung darstellt. Dieser Schritt ist im Sinne der digitalen Aktenpflege wichtig, erfordert jedoch im gleichen Maße eine Reform. Wir sind nun dabei, Prozesse zu evaluieren und zu optimieren. Hierfür haben wir unter anderem zusammen mit dem Personal- und Organisationsamt ein Team von Prozessdigitalisierenden aufgebaut. Es geht nicht darum, analoge



Dr. Wolfgang Greska

gespielt. Es hieß: „DMS ist prima, aber jetzt noch nicht. Wir haben keine Zeit.“ Um dem ewigen Aufschieben vorzubeugen, hat unser Masterplan die Reihenfolge der Ämter für die DMS-Einführung festgelegt. Dies ist sehr hilfreich gewesen, um zu systematisieren und eine Verbindlichkeit zu manifestieren. Demnach war jedes Amt genauso wie das DMS-Team für den Erfolg der E-Akten-Einführung verantwortlich. Zudem sind wir nach einem standardisierten Vorgehensmodell bei der jeweiligen DMS-Einführung im Amt vorgegangen. Das hat gut funktioniert.

Gewähren Sie uns einen Einblick in die Zeit während der Einführungsphase?

Wir haben während der Einführungsphase unsere Vision an alle

„Man muss Prozesse neu denken, um digitale Durchgängigkeit zu erreichen.“

gebnis erhalten. Besonders in der Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der öffentlichen Verwaltung gibt es ein Nebeneinander von digitaler und postalischer Kommunikation. Einheitliche digitale und durchgängige Kommunikationswege sind nicht nur unser Ziel, sondern das der öffentlichen Verwaltungen im Allgemeinen.

Sie beschreiben ein zweigleisiges Vorgehen in Bezug auf die digitale Kommu-

Prozesse eins zu eins ins Digitale zu übernehmen, sondern die Prozesse neu zu denken, um eine digitale Durchgängigkeit zu erreichen.

Sie sind bei der Einführung des Dokumenten-Management-Systems (DMS) nach einem Masterplan vorgegangen. Dürfen wir hierzu mehr erfahren?

Nach relativ kurzer Zeit wurde uns eine zurückhaltende Resonanz vonseiten der jeweiligen Ämter zu-

DMS-Nutzer kommuniziert. Mit mehreren Pilotprojekten, die als Echteinsätze stattgefunden haben, sind wir gestartet. Das größte Pilotamt war seinerzeit das Umweltamt, das mit seinem Amtsleiter sehr aufgeschlossen für die Einführung des Dokumenten-Management-Systems war. Parallel dazu gab es weitere Schnittstellenprojekte, etwa die Umstellung des Kassenarchivs auf enaio.

Welche Voraussetzungen mussten Sie erfüllen, um die Pilotierung zu starten?

Eingangs haben wir installiert und im Zuge dessen die Rechtsstrukturen angepasst. Zudem wurden die Aktenstrukturen individuell in den jeweiligen Bereichen abgebildet. Dies wiederum impliziert einen umfassenden Einblick in die Akten, um diese auf ihr digitales Potenzial zu prüfen. Denn es gibt und gab Dokumente, die wir auch künftig in Papierform führen müssen.

Was macht Ihre Digitalisierungsstrategie aus?

Die Zusammenarbeit mit der Führungsebene bis hin zum Oberbürgermeister ist entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung. Das richtige Produkt und ein kompetentes und hilfsbereites Team, das die Einführung begleitet, sind weitere Parameter. Wichtig ist auch eine permanente Kommunikation im Haus über die Vorteile der E-Akte. Dass dieses Vorgehen richtig war, haben wir während der Coronapandemie erlebt, als wir plötzlich in großem Umfang die Arbeitsplätze ins Homeoffice verlegten und auf digitale enaio-Vorgänge zugreifen konnten. Wir haben uns zu keiner Zeit auf den Idealismus berufen,

sondern immer den Pragmatismus gelebt.

Was sind die nächsten Ziele?

Ein Ziel ist die stärkere Integration der ganzen Verfahren, die mit den Arbeitsprozessen einhergehen. Wie bereits gesagt, wird die digitale Durchgängigkeit weiterhin ein Schwerpunkt sein. Die heute noch vorherrschende Abgrenzung von Ämtern wird sich zunehmend auf fachliche Aspekte beziehen, nicht

jedoch auf die immer häufiger werdende Zusammenarbeit und übergreifenden Prozesse im Rahmen komplexer werdender Sachverhalte. Auch die strikte hierarchische Arbeitsweise in den öffentlichen Verwaltungen verändert sich durch agile projektbezogene Arbeitsvorgänge. Insofern bedingen sich strukturelle Änderungen und Prozessoptimierung gegenseitig.

Interview: Nikolas Herwig, Vertriebsbeauftragter Optimal Systems

Anzeige




EGAL WO EGAL WANN EGAL WIE

MOBIL UND FLEXIBEL IM FINANZWESEN

Digitales mobiles Arbeiten, intuitive Bedienung, individuell gestaltete Arbeitsplätze und coole Standards! Unsere Modern Clients sind das neue Gesicht von Infoma newsystem – und Ihr Ticket für einen Arbeitsplatz 2.0. Arbeiten Sie egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit, egal mit welchem Gerät.



Alle Highlights auf einen Blick:
Film ab!



Praxisnah digitalisieren

Friederike Hansen

Im Amt Mittelangeln setzen die Verantwortlichen bei der digitalen Transformation auf Lösungen, die eng an der Verwaltungspraxis orientiert sind – ein Weg, der als Blaupause für andere Gemeinden dienen kann.

Im schleswig-holsteinischen Kreis Schleswig-Flensburg liegt das Amt Mittelangeln. Die örtliche Verwaltung ist Teil der Aktivregion „Mitte des Nordens“, die als Basis zur Förderung und Realisierung regionaler Projekte dient. Mittelangelns Zuständigkeitsbereich erstreckt sich auf knapp 10.000 Einwohner und eine Gebietsfläche von 100 Quadratkilometern. Um die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) einlösen zu können, wurde im Jahr 2018 Schritt für Schritt mit der Digitalisierung begonnen. Von Anfang an wurden dabei zwei zentrale Prinzipien verfolgt. Anne Lausen, vor Ort für Organisation und Digitalisierung zuständig, erklärt: „Digitalisierung funktioniert nicht von allein, sondern erfordert starke Vorbilder und ein pragmatisches Vorgehen.“

Angestoßen wurde die Umstellung weniger durch eine groß angelegte Strategie. Ihr lag vielmehr ein konkreter Anlass zugrunde: der bestehende Raummangel in der Verwaltung. Um diesem Abhilfe zu verschaffen, sollten zunächst sämtliche Bauakten digitalisiert werden. Dazu wurde in einem ersten Schritt das Dokumenten-Management-System (DMS) regisafe des Anbieters comundus regisafe eingeführt.



Amt Mittelangeln hat die digitale Transformation eingeleitet.

Mangels eigener personeller Ressourcen wurden die für die Aktendigitalisierung erforderlichen Scan-Arbeiten an einen externen Dienstleister vergeben. Heute sind die Bauakten in elektronischer Form verfügbar und Aktenschränke nicht mehr notwendig. Nachfolgende Arbeiten wie die Digitalisierung von Personalakten und die Einführung von Online-Formularen, zum Beispiel für den Mängelmelder und die Schülerbeförderung, erfolgten dann intern.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts beteiligten sich engagiert an der schrittweisen Umstellung von der papierbasierten auf

die elektronische Aktenführung. Die als Gemeinschaftsprojekt angelegten Arbeiten wurden leistungsorientiert bezahlt. Innerhalb von zwei Jahren haben die Fachdienste im Team den Explorer aufgeräumt, Akten eingescannt und sie in das DMS umgespeichert.

Bei der IT wurde ebenfalls ein pragmatischer Weg gewählt. Da das Amt Mittelangeln über keine eigene IT-Abteilung verfügt, wird die benötigte Infrastruktur von kommunikit, dem IT-Zweckverband Schleswig-Holstein, bezogen. Ein weiterer Partner ist der ITV.SH, ein Verbund, der die Kommunen in Schleswig-Holstein bei der Digitalisierung

begleitet. Darüber hinaus steht der Support des DMS-Anbieters comundus regisafe unterstützend zur Seite. Anne Lausen betont, dass sich die Anwender bei der Digitalisierung proaktiv einbringen müssen: „Die Möglichkeiten zum effizienten, digitalen Arbeiten mit unserem DMS sind vielfältig, man muss sie nur aktiv nutzen – oder eben einfach erfragen.“ Skepsis abbauen, Freude am Entdecken digitaler Chancen haben und Unterstützung suchen, wenn man selbst nicht weiterkommt: Mit diesen praxisnahen Tipps werden die Mitarbeitenden bei der digitalen Transformation mitgenommen und im Rahmen des Schulungsprogramms von comundus regisafe ausgebildet.

Da kleine Kommunen bei der Digitalisierung oft auf sich allein gestellt sind, hat das Amt Mittelangeln nicht nur auf Eigeninitiative, sondern zugleich auf gezielte Partnersuche gesetzt. Zur pragmatischen Herangehensweise zählt daher auch die Teilnahme am Programm Heimat 2.0. Die vom Bund aufgelegte Initiative unterstützt struktur-

schwache ländliche Räume bei der Realisierung digitaler Anwendungen. Im Rahmen dieses Programms hat Mittelangeln das Modellvorhaben „Verwaltung 4.0 – digitale Prozesse für kommunale Verwaltungen“ gestartet. Zentrales Anliegen ist es, vor dem Hintergrund des OZG verwaltungsinterne Prozesse durch einheitliche digitale Workflows und Schnittstellen so zu optimieren, dass sie von beliebig vielen Verwaltungen genutzt werden können. Zielzustand sind die vollständig digitale, medienbruchfreie Antragsbearbeitung sowie eine digitalisierungsfreundliche Verwaltung. Die finanzielle Förderung leistet der Digitalisierung vor Ort wichtige Schützenhilfe.

Heute wird im Amt Mittelangeln eine digitale Arbeitsweise gepflegt. Digitalisierung wird als Führungsaufgabe verstanden, die Begeisterung wecken, Möglichkeiten aufzeigen und Qualifizierung schaffen soll. Das Konzept geht auf: Mittlerweile verwenden alle Mitarbeitenden inklusive der Ehrenamtlichen, der Familien- und Jugendzentren sowie

des Kindergartens das DMS. Akten werden bei fachdienstübergreifenden Arbeiten rasch gefunden und das Arbeiten im Homeoffice ist unkompliziert möglich.

Mit Blick in die Zukunft werden derzeit weitere Projekte verfolgt. Neben der erfolgreichen Einführung des digitalen Posteingangs steht weiterhin das Thema Prozessoptimierung ganz oben auf der lokalen Agenda. Gesucht werden Antworten auf die Frage, welche Prozessschritte in der digitalen Welt erforderlich sind, sowie intelligente Lösungen zu deren Organisation. Die Wunschziele sind klar definiert: Eine schnellere Bearbeitung, die Vermeidung von Fehlern und Redundanzen sowie direktere Lösungspfade. Damit soll den Bürgerinnen und Bürgern ein besserer Service geboten werden. Die DMS-Workflows dienen dabei als praktikable Lösung, die das Amt digital weiter nach vorne bringen und die Arbeit spürbar erleichtern.

Friederike Hansen leitet den Fachdienst I | Zentrale Dienste im Amt Mittelangeln.

Anzeige

 Management
Services

Moderne Onlineformulare mit Full Service

Die Herausforderung für die öffentliche Verwaltung ist real: Zahlreiche Formulare müssen in stets aktueller Fassung und optional im eigenen Look digital angeboten werden.

Die enorme Komplexität erschwert den Umstieg auf E-Government – und die S-Management Services entlastet Sie dabei als Formularexperte mit einem umfassenden Full Service-Angebot.

www.s-management-services.de

Eine Marke der DSV Gruppe



Effiziente Prozess-Steuerung

F. Zscheile

Die Gemeinde Ascheberg setzt mit dem Dokumenten-Management-System (DMS) von d.velop public sector die Digitalisierung in allen Fachbereichen um. Die Einführung eines digitalen Aktenplans ermöglicht dabei eine effiziente Prozess-Steuerung.

Seit April 2020 sind öffentliche Auftraggeber gemäß der EU-Richtlinie 2014/55/EU dazu verpflichtet, elektronische Rechnungen im XML-Format empfangen und bearbeiten zu können. Auch die im Münsterland gelegene Gemeinde Ascheberg verarbeitet ihre Rechnungen seit Längerem mit einer Software-Lösung, die ihr citeq, IT-Dienstleister der Stadt Münster, zur Verfügung stellt.

„Dokumenten-Management ist ein allumfassendes Thema“, erklärt Sebastian Döring, Leiter der Fachgruppe Verwaltung, Personal und Digitalisierung in Ascheberg. „Deswegen haben wir 2021 eine funktional breitere Lösung eingeführt, welche die Rechnungsbearbeitung beherrscht, mit der wir aber zugleich die vielfältigen Digitalisierungsanforderungen unserer einzelnen Fachbereiche abdecken können.“ Von der Nachbarkommune Senden lag das Angebot für die Lösung d.velop documents vor. Im März 2021 beauftragte die Gemeinde dann das Dokumenten-Management-System (DMS) des Software-Anbieters d.velop public sector und konnte bereits im August desselben Jahres in den produktiven Einsatz starten.

Erstes zentrales Vorhaben war die Einführung eines elektronischen,

produktorientierten Aktenplans, wie er in Nordrhein-Westfalen von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) empfohlen wird. Die Gemeinde begann in der Fachgruppe Verwaltung, Personal und Digitalisierung sowie in der Finanzabteilung. Sebastian Döring: „Der digitale Aktenplan auf Basis von d.velop documents ermöglicht es uns, Dokumente elektronisch in klaren Strukturen abzuspeichern. Damit lassen sich Schriftstücke einfach recherchieren, bearbeiten und gezielt an die Beschäftigten verteilen.“ Mittels Vorgangsbearbeitung im digitalen Aktenplan des DMS lässt sich bei der Erstellung einer Sachakte vorab konfigurieren, welche Vorgänge automatisch angelegt werden.

Zunächst werden die E-Akten mit dem aktuellen Posteingang gefüllt, der nach Eintreffen digitalisiert und entsprechend abgelegt wird. Anschließend sollen auch bestehende Papierakten gescannt und in die E-Akte überführt werden. „Wir gehen hier Schritt für Schritt vor, damit nicht alles gleich im Chaos endet“, erklärt Thomas Frye aus dem Digitalisierungsteam. „Langfristiges

Ziel ist es, dass die Dokumente gar nicht erst in Papierform bei den jeweiligen Fachgruppen ankommen.“



Sebastian Döring von der Gemeinde Ascheberg.

Derart mit digitalen Dokumenten gefüllt, werden die E-Akten zum Startpunkt einer Prozesskette. Das bedeutet: Mit Vorgängen sowie Dokumenten lassen sich Aufgaben verknüpfen und diese bestimmten Personen zuordnen. So entstehen regelrechte Workflows. Der Start des DMS-Projekts verlief vielversprechend, zeigte aber auch den einen oder anderen Anpassungsbedarf. Denn ob die Umstellung auf eine papierarme Verwaltung gelingt, ist in erster Linie nicht von der Technik abhängig. Wichtiger ist, dass man die Beschäftigten mitnimmt und für das Thema begeistert.

Manche Beschäftigten mussten sich an die elektronische Aktenführung erst einmal gewöhnen. Der neue Aktenplan lehnt sich an den Haushaltsplan (Neues Kommunales Finanzmanagement) an, in dem die Gemeinde bereits mit Produkten (also Verwaltungsleistungen) arbeitet. Dadurch ist eine Vergleichbarkeit mit den Finanzzahlen möglich. Die fehlende Synchronisation, die durch das Nebeneinander von bereits digitalen Vorgängen und analoger Ablage entstand, gehört damit der Vergangenheit an. Außerdem lassen sich digitale Akten nun auch im Homeoffice bearbeiten.

Das Jahr 2022 steht für die Gemeinde im Zeichen des Aufbaus einer digitalen Steuer- sowie der Personalakte. „Zurzeit haben wir noch sehr viele Steuerunterlagen in Papierform, die wir nun nach und nach einscannen“, erläutert Sebastian Döring. Gemeinsam mit den Bescheiden aus dem Finanzverfahren Infoma newsystem sind dann alle Unterlagen zu einem Steuerpflichtigen in einer elektronischen Steuerakte gebündelt.

Die DMS-Lösung wird auf den Servern der Gemeinde Ascheberg unabhängig betrieben. Im Rechenzentrum von citeq wird unter anderem das Finanzverfahren Infoma newsystem gehostet. Im nächsten Schritt wird es an d.velop documents zur automatischen Übernahme der Steuerbescheide angebunden. Die Übernahme des Datenbestands der Rechnungseingangsbearbeitung und die Anbindung von Infoma newsystem ist für Ende 2023 geplant. Zudem wird auch die Personal-Software SAP HCM bei citeq betrieben, die im nächsten

Teilprojekt mit dem DMS der Gemeinde verbunden wird.

Mit benachbarten Kommunen wie Dülmen, Senden, Coesfeld, Lüdinghausen oder Havixbeck tauscht sich Ascheberg regelmäßig zum Thema DMS aus. Einige von ihnen haben den Rechnungseingang mit Anbindung an die Software-Lösungen von d.velop bereits realisiert. Sebastian Döring und Thomas Frye können sich hier Anregungen holen, wenn sie von der

bisherigen Lösung auf ihr neues DMS migrieren. Umgekehrt profitieren die Nachbargemeinden von den Erfahrungen, welche die Ascheberger bereits mit dem Aktenplan gesammelt haben. Auf diese Weise treiben derzeit zahlreiche Kommunen im Münsterland mit der Technologie von d.velop die Digitalisierung voran.

Frank Zscheile ist IT-Journalist in München und Presseredakteur bei der d.velop public sector GmbH.

Anzeige



LEADING EMPLOYER
DEUTSCHLAND 2022
EXCLUSIVELY AWARDED TO THE COUNTRY'S TOP 1%

OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Verwaltungsdaten jederzeit und überall? Wir machen das schon.

Erleben Sie das Maximum an mobiler Arbeit für die Öffentliche Verwaltung. Mit dem enaio® webclient können Sie plattformunabhängig und von überall auf Ihre Daten und Dokumente in enaio® zugreifen. Die übersichtliche, dynamische Darstellung des enaio® webclient rufen Sie entspannt über marktübliche Browser auf. Und der Desktopbereich lässt sich an Ihre persönlichen Bedürfnisse anpassen.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover Software für Macher.

In Kooperation zum Ziel

T. Janssen / P. Graab / J. Flaswinkel

Am Niederrhein arbeiten 13 Kommunen am Aufbau eines einheitlichen Prozess-Management. Einmal modellierte Prozesse können von allen nachgenutzt werden. Für die Beteiligten ergeben sich durch die Kooperation aber noch mehr Vorteile.

Prozess-Management ist in Kommunalverwaltungen längst kein Fremdwort mehr. Es unterstützt bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) oder bei der Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels. Auch beim Thema Risiko-Management wird Prozess-Management gerne mit dem Aufbau eines internen Kontrollsystems verknüpft.

Obwohl das Thema also mitnichten einen geringen Stellenwert in der kommunalen Landschaft einnimmt, ist es doch erstaunlich, wie wenig (Personal-)Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Oft wird es von „Einzelkämpfern“ nach vorne getrieben, die neben dem Prozess-Management häufig auch Themen wie die Umsetzung des OZG, die Einführung der E-Akte und weitere Digitalisierungsprojekte in der Stellenbeschreibung stehen haben. Prekäre Haushaltslagen tragen ihr Übriges dazu bei, die Digitalisierungsbestrebungen zu hemmen.

Da kommen doch einige Fragen auf: Wie können wir die an uns gestellten Anforderungen mit dem

vorhandenen Personal umsetzen? Warum arbeitet jede Kommune separat am Aufbau eines Prozess-Management, obwohl das Thema eigentlich alle interessiert? Wieso bündeln wir nicht unsere (Personal-)Ressourcen, um möglichst effizient ans Ziel zu kommen? Damit

Um ein einheitliches Prozess-Management aufzubauen und die Nachnutzung der modellierten Prozesse zu gewährleisten, wurde die PICTURE Prozessplattform als zentrales Werkzeug bei allen Verwaltungen eingeführt. Die beteiligten Verwaltungen haben diverse Möglichkeiten, um Prozesse untereinander auszutauschen.

Darüber hinaus hat jede Verwaltung die Möglichkeit, ein individuelles, hausinternes Prozessregister aufzubauen und eigene Vorhaben voranzutreiben.



Kommunen am Niederrhein: Gemeinsam zum Prozess-Management.

haben sich auch einige Kommunen am Niederrhein beschäftigt. Dort schloss man sich zum Kooperationsprojekt „Prozessmanagement@Niederrhein“ zusammen, um die aktuellen Herausforderungen mit einem interkommunalen Prozess-Management zu lösen. Das Team besteht aus 13 Verwaltungen sowie der Picture GmbH. Das Unternehmen mit dem Fokus auf Organisationsgestaltung und Prozess-Management im öffentlichen Sektor initiierte das Projekt gemeinsam mit den Verwaltungen der Stadt Willich und dem Kreis Wesel.

Doch welche konkreten Vorteile erhoffen sich die teilnehmenden Kommunen von dem Projekt? Zunächst konnte zeitnah nach dem Kick-off-Termin im März 2021 die Prozessidentifikation, die einen essenziellen Bestandteil eines Prozess-Management darstellt, durch den interkommunalen Zusammenschluss schneller abgeschlossen und angestoßen werden. Um auf bereits erfolgten Vorarbeiten einzelner Verwaltungen aufzubauen, wurden so genannte Blaupausen für kreis- oder stadtspezifische Prozessregister zusammengestellt. Anhand dieser Vorlagen

konnten die Verwaltungen ihr eigenes individuelles Prozessregister aufbauen. Nicht anfallende Prozesse wurden gestrichen und neue hinzugefügt. Weitere kommunenspezifische Attribute rundeten die eigene Prozesslandschaft ab.

Insbesondere aufgrund der stetig steigenden Haushalts- und Personalsorgen soll auch der finanzielle Vorteil der interkommunalen Kooperation nicht unerwähnt bleiben. Durch die arbeitsteilige Erstellung von Prozessmodellen kann jede Verwaltung bis zu 1.000 Arbeitsstunden pro Jahr einsparen und erhält dennoch die gleiche Anzahl an Modellen. Durch gemeinsame Konventionen und Prozessstandards sind die Abläufe auch für andere Verwaltungen immer nachvollziehbar, entsprechen einer vorgegebenen Qualität und können ohne größeren Aufwand in die eigene Prozessplattform übernommen werden.

Wichtigster Punkt für die Beteiligten ist jedoch der neue Blick, den sie auf bereits bestehende Prozesse erhalten. In so genannten Prozesswerkstätten, die viermal im Jahr stattfinden, tauschen sich die teilnehmenden Kommunen und hier insbesondere die Fachexperten über die prozessualen Abläufe aus. Wel-

che Prozesse für die Werkstatt modelliert werden, wird gemeinsam entschieden. Einzelne Verwaltungen melden sich je nach Kapazität, um die ausgewählten Prozesse mit ihren Fachämtern zu visualisieren. So wird keine Verwaltung über ihr zumutbares Maß hinaus belastet und kann im eigenen Tempo am Projekt teilnehmen. Es gibt zwar Mindestanforderungen, auf die man sich einstimmig verständigt hat, aber jede Verwaltung kann entscheiden, in welcher Geschwindigkeit sie ihr eigenes Prozessregister aufbaut.

In der zweitägigen digitalen Prozesswerkstatt wird gemeinsam diskutiert, wo eventuelle Schwachstellen im Prozessablauf stecken könnten und welche Abschnitte im Ablauf auch für die eigene Verwaltung interessant sind. Für die Prozess-Manager ist die Teilnahme der Fachexperten dabei essenziell, um gemeinsam Optimierungspotenziale herauszuarbeiten. Das führt nicht selten dazu, dass innerhalb der Prozesswerkstatt SOLL-Modelle live und gemeinsam erarbeitet werden. Dadurch wird nicht nur der Gedanke des Prozess-Management auf einer interkommunalen Ebene transportiert, sondern in den Verwaltungen selbst das Verständnis hierfür gestärkt. Alle in der Prozesswerk-

statt besprochenen Prozesse werden in der gemeinsamen Prozessbibliothek zum Download bereitgestellt. Ein Import in die eigene Prozessplattform ist dadurch jederzeit bequem möglich.

Zusätzlich werden auch andere Ideen verfolgt. So werden beispielsweise Themen wie die Erstellung von Prozess-Management-Lernvideos für Mitarbeitende, die Stärkung der Akzeptanz des Themas Prozess-Management in der Mitarbeiterschaft oder die Erstellung gemeinsamer Leistungskataloge für die OZG-Leistungen realisiert. Seit März 2021 arbeitet das interkommunale Projekt gemeinsam an großen Meilensteinen der kommunalen Verwaltung. Diese Steine bekommen einzelne Verwaltungen nicht allein umgestoßen. Durch das Kooperationsprojekt müssen sie vor dieser Aufgabe trotzdem nicht kapitulieren, sondern können die Steine gemeinsam nacheinander ins Rollen bringen.

Timo Janssen ist Sachbearbeiter Organisationsentwicklung in der Kreisverwaltung Wesel. Pascal Graab ist Prozess-Manager bei der Stadtverwaltung Wegberg. Jonas Flaswinkel ist Seniorberater für Prozess-Management und Organisationsentwicklung bei der Picture GmbH.

Anzeige



Kurzvorstellung in Grün

 **e2watch**
Energiemanagement via
Smart City Dashboard

 **Wärmenetz-Broker**
Transparente
Verbrauchsdaten

 **Smart-Meter-Lösungen**
Intelligente Messsysteme

 **Urban Toolbox**
Werkzeuge für die
smarte Stadt

 **Dokumentenmanagement**
eAkte statt Papier

 **Nachhaltige Mobilität**
Bahn, Carsharing,
E-/Hybrid-Poolfahrzeuge

 **Green IT**
Energiemonitoring
im Rechenzentrum



Agil denken und handeln

Franz Schlickum

Mit agilen Entwicklungsmethoden können bei der Verwaltungsdigitalisierung praxisrelevante Erfolge erzielt werden. Bestehende Anwendungen und Prozesse lassen sich so optimieren und neue Verfahren schnell entwickeln.

Die Digitalisierung der Verwaltung, nach innen und nach außen, ist zur Bewältigung aktueller Herausforderungen eine drängende Aufgabe der politischen Akteure und der Verwaltungsorganisationen. Bei der Entwicklung von digitalen Anwendungen werden agile Methoden verwendet, um der zunehmenden Komplexität der Anforderungen zu begegnen. Sie zeichnen sich vor allem durch diese Aspekte aus: kleine, eigenständige, funktionsübergreifende Teams, die kontinuierliche Kommunikation mit den zukünftigen Nutzern und Auftraggebern, nutzbare Versionen der Anwendung von Beginn der Entwicklung an, eine dynamische Definition und Planung der Aufgaben zur Umsetzung der Anwendung.

Für Entwicklungsvorhaben zur Optimierung der täglichen Arbeit in der Praxis kann heute aus einer Vielzahl von Methoden, Techniken und Werkzeugen ausgewählt werden. Die grundsätzlichen Methoden sind Scrum, Kanban und Design Thinking. Bei der Auswahl ist zu beachten, dass agile Methoden aufgrund der Besonderheit der öffentlichen Verwaltung nicht immer zielführend sind.

Die Kernkomponenten zur Durchführung der Verwaltungsverfahren sind – bei einem gewissen Grad an vorhandener Digitalisierung – im Wesentlichen das jeweilige Fachverfahren, die E-Akte, ein Rechtsinformationssystem und Anwendungen zur Kommunikation



und Kollaboration. Hier gilt es, Potenziale für Verbesserungen aufzudecken. Um innerhalb der bestehenden Arbeitsumgebungen Weiterentwicklungen voranzutreiben, bieten sich agile Methoden an.

Ein an der Praxis orientiertes Umsetzungskonzept für eine einfache Einführung und Nutzung agiler Entwicklungsmethoden, etwa in einer Sozialbehörde zur Unterstützung der Digitalisierung, kann sich aus den folgenden agilen Entwicklungstechniken und -werkzeugen zusammensetzen:

Backlogs, eine Liste aller initialen Verbesserungsideen bezogen auf die Kernkomponenten. Dabei

kommt es nicht darauf an, diese direkt im Detail aufzuführen. Erst nach einer Bewertung und Priorisierung werden die bevorzugten Ideen ausgearbeitet. Der Backlog ist auch kein abschließendes Dokument, sondern offen für Änderungen und Ergänzungen, die sich aus der kontinuierlichen Kommunikation mit den Nutzern und Auftraggebern zwangsläufig ergeben. Die Verantwortung für die Pflege des Backlog liegt in der Regel bei einer Person, dem Product Owner.

Project Canvas, eine Visualisierung des Gesamtprojekts oder des Teilprojekts mit allen wesentlichen Merkmalen. Dazu gehören die Zielsetzung und der Zweck des Projekts oder die Kunden des Projekts im Sinne von Auftraggeber und Nutzer des Projektergebnisses; ebenso sollte man mit Timings arbeiten. Ressourcen wie Budget und Arbeitsmittel sollten genauso eine Rolle spielen wie eine Projektbewertung.

Kanban-Board, das dabei hilft, die Projektaufgaben zu priorisieren und zu synchronisieren und den Stand, die nächsten Schritte und die Abhängigkeiten für alle transparent zu machen. Typischerweise enthält ein

Kanban-Board die verschiedenen Spalten, in denen die einzelnen Aufgaben mit Karten aufgenommen werden. Die Aktualisierung des Kanban-Boards sollte täglich geschehen und erfolgt durch die Aufgabenträger selbst. Zielsetzung ist es insbesondere, eine realistische Zahl von Aufgaben in der Umsetzung zu haben.

Sprints, also die zeitliche Abfolge des Projekts in kurzen Phasen, in denen nur an den vorab definierten Aufgaben gearbeitet wird. So wird sichergestellt, dass am Ende konkrete Arbeitsergebnisse vorliegen, die im Team sowie mit dem Auftraggeber und Nutzern evaluiert werden können und die Grundlage für die fortlaufende, dynamische Priorisierung der nächsten Aufgaben bilden. Die Arbeitsorganisation in Sprints ist ein essenzieller Teil von Scrum, womit weitere Scrum-spezifische Methoden und Techniken verbunden sind, wie die Sprint-Retrospektive, welche Probleme analysiert.

Bildung von Teams, welche die Umsetzung von einzelnen oder inhaltlich zusammengehörigen, aber insgesamt überschaubaren Ideen vorantreiben. Da Digitalisierungsprojekte naturgemäß IT-Maßnahmen voraussetzen und bedingen, sollten Mitarbeitende mit Fachkenntnissen zu den einzelnen Kernkomponenten (Fachverfahren, E-Akte, Rechtssystem) von Beginn an beteiligt sein.

Mit diesen Methoden können schnelle Erfolge bei der Optimierung bestehender Anwendungen und Prozesse sowie in der Entwicklung neuer Verfahren erzielt werden, ohne die gesamte Verwaltungsorganisation einem Wandel

zu unterziehen. Der selektive Einsatz befördert auch den notwendigen Kulturwandel, denn der Einsatz agiler Methoden erfordert agilen und handelnde Mitarbeitende. Mit dem Einsatz sind also immer auch Personalentwicklung und Change Management verbunden.

Bei der Einführung des Rechtssysteme eGovPraxis Sozialhilfe hat Wolters Kluwer gemeinsam mit den Kunden agile Methoden erfolgreich angewendet.

So wurden bei der Erfassung aller lokal vorliegenden Rechtsinhalte wie Dienstanweisungen und Arbeitsmittel für die spätere Integration in eGovPraxis bestehende Lücken und Optimierungen identifiziert. Auch für die Integration von eGovPraxis mit dem Fachverfahren leisten die Methoden eine wertvolle Hilfestellung.

Franz Schlickum ist Senior Product Manager Public Digital bei Wolters Kluwer.

Anzeige



In Rekordzeit zur E-Akte

Bei start:E von regisafe ist der Name buchstäblich Programm. Denn start:E ist unsere Lösung, mit der Sie ganz **unkompliziert die E-Akte einführen** und so in kürzester Zeit den Weg zur digitalen Verwaltung zurücklegen. regisafe-Neukunden können sich auf einen **Preisnachlass von 30 %** auf das start:E Paket freuen.

Mehr erfahren: www.regisafe.de/start-e

Kontaktieren Sie uns - gerne beraten und unterstützen wir Sie bei der Implementierung von start:E.

comundus regisafe GmbH
Heerstraße 111 · 71332 Waiblingen
Fon 07151 96528-200
info@regisafe.de · www.regisafe.de

regisafe

Ein Unternehmen der PDV.group

Digitale Städte und Regionen

Die Geschäftsstelle Smarte Region in Hessen begleitet Kommunen bei ihrer digitalen Transformation. Zentraler Treffpunkt ist der Kongress Digitale Städte – Digitale Regionen. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Kommunen for future: Zielbild Klimaneutralität“.

Vor gleich mehreren Herausforderungen stehen die Kommunen und Regionen hierzulande. Zum einen gilt es, die Klimaschutzziele umzusetzen und die Energiewende voranzutreiben. Zum anderen stehen die Modernisierung der Verwaltung und eine resilientere Gestaltung kritischer Infrastrukturen auf der Agenda. Mit digitalen Anwendungen kann diesen Herausforderungen begegnet werden. Dazu zählen etwa digitale Bürgerservices, Kommunal-Apps oder ein virtueller Wissenstransfer.

Die Geschäftsstelle Smarte Region in Hessen begleitet die Kommunen bei ihrer digitalen Transformation. Mit verschiedenen Informations- und Transferangeboten wie Online-Foren, Kongressen und Beratungen stößt sie smarte Lösungen in ganz Hessen an. Dabei gilt: Für die Gestaltung der digitalen Zukunft einer Kommune gibt es keine Patentlösung. Themenschwerpunkte, Umsetzungspartner und weitere Rahmenbedingungen werden vor Ort gesetzt. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden.

Die Angebote der Geschäftsstelle zielen deshalb darauf, eine Kommune möglichst dort zu unterstützen, wo sie gerade steht. Dies kann die Suche nach Vorbildprojekten, ei-

nem richtigen Ansprechpartner, nach geeigneten Förderangeboten oder Antworten auf fachliche Fragen betreffen. Eine wichtige Adresse ist hierfür das Informationsportal der Geschäftsstelle Smarte Region Hessen. Hier finden sich unter anderem eine Best-Practice-Projektdatenbank, FAQs und Hintergrundinformationen zu Fachthemen sowie eine Termin- und Veranstaltungsübersicht. Auch alle wichtigen Informationen zur Förderung smarterer Kommunen und Regionen im Programm Starke Heimat Hessen sind abrufbar.

Die Geschäftsstelle arbeitet in einem virtuellen Verbund mit verschiedenen Partnern zusammen. Dazu gehören beispielsweise der IT-Dienstleister ekom21, Hessen Trade & Invest und der Verein House of Digital Transformation. Sie bündeln ihre verschiedenen Angebote rund um das Thema Smarte Region unter dem gemeinsamen Dach der Geschäftsstelle. Der Bereich der hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten.

Im Sinne des Community-Gedankens möchte die Geschäftsstelle alle miteinander vernetzen, die vor Ort an der Vision einer smarten Region Hessen mitwirken: Kom-



Kongress vernetzt Akteure.

munen sowie Lösungsanbieter aus Wirtschaft und Wissenschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und alle Bürgerinnen und Bürger.

Zentraler Treffpunkt der Community ist der jährlich stattfindende Kongress „Digitale Städte – Digitale Regionen“, den die Geschäftsstelle im Namen der hessischen Digitalministerin Kristina Sinemus ausgerichtet. Er ist die Leitveranstaltung des Landes Hessen für die Digitalisierung in Kommunen und Regionen. Am 28. September 2022 steht er unter dem Motto „Kommunen for future: Zielbild Klimaneutralität“ und wird erneut Akteurinnen und Akteure aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenbringen. Ausgerichtet als Hybridveranstaltung bietet er den Teilnehmen-

den ein Forum, um sich zu den Themen Smart City und Smart Region passgenau zu informieren. Eine kostenfreie Teilnahme ist sowohl vor Ort im Tagungszentrum Südflügel Kulturbahnhof Kassel als auch virtuell möglich. Von 9 bis 17 Uhr wird nicht nur ein spannendes Programm geboten. Es wird auch wieder eine begleitende Ausstellung und natürlich viel Raum fürs Mitdiskutieren und Netzwerken geben.

Deutschland strebt die Klimaneutralität bis 2045 an. Alle Kommunen und Regionen müssen sich deshalb klimafreundlich transformieren. Entsprechend stellt der hessische Ministerpräsident Boris Rhein das Thema Klima in den Vordergrund seiner Regierungserklärung: „Der Klimaschutz gehört ohne jeden Zweifel in das Zentrum unserer Politik, denn es ist die Aufgabe unserer Generation, unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes Hessen zu hinterlassen. Eines unserer Kernziele liegt darin, Ökonomie und Ökologie sozialverträglich zu vereinen.“ Auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sehen darin zunehmend eines der wichtigsten Handlungsfelder in den Kommunen. Das hat die Jahresbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) gezeigt. Im Vergleich zum OB-Barometer des Vorjahrs ist das Thema 2022 deutlich nach oben gerückt und nimmt zum ersten Mal – mit deutlichem Abstand – den Spitzenplatz der aktuell wichtigsten Handlungsbereiche ein.

Link-Tipp

Das digitale Angebot der Geschäftsstelle Smarte Region in Hessen:

- www.smarte-region-hessen.de

Digitale Technologien bieten vielfältige Chancen für Kommunen, um Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Dies soll beim Kongress Digitale Städte – Digitale Regionen in Vorträgen, Talk-Runden und Workshops sowie Werkstätten aufgezeigt und diskutiert werden. Sowohl bestehende Lösungen und konkrete Umsetzungsprojekte aus den Kommunen als auch neue Innovationsfelder oder notwendige politische Rahmenbedingungen für smarte Kommunen und Regionen werden besprochen.

Konkret im Programm vorgesehen sind unter anderem Neuigkeiten aus den Regionen. Entsprechende Berichte wird es aus Offenbach und Marburg, dem Werra-Meißner-Kreis oder dem Landkreis Schwalm-Eder-West geben. Geplant ist außerdem ein Talk zur Verwaltungsdigitalisierung und über Perspektiven für die Post-OZG-Ära mit dem Hessischen Staatssekretär und CIO Patrick Burghardt. Eine Werkstatt zu kommunalen Datenplattformen mit ekom21 und der Gemeinde Eichenzell runden den Kongress ab.

Alle Interessierten haben die Möglichkeit, digital an der Veranstaltung teilzunehmen: Im Livestream kann der gesamte Kongress mitverfolgt werden. Auch kann online aktiv an einem der digitalen Workshops zu den Themen Mobilität, Digital Twins, Cyber-Sicherheit und digitale Souveränität in Europa teilgenommen werden.

Geschäftsstelle Smarte Region Hessen, Hessische Staatskanzlei im Bereich der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung.

Beschleunigen und vereinfachen Sie mit dem **Virtuellen Bauamt 2.0** die Prozesse im Baugenehmigungsverfahren.

Das Virtuelle Bauamt 2.0 bringt alle Beteiligten im Bauantrag digital zusammen. So schafft es mehr Transparenz, Geschwindigkeit und Effizienz.



- virtueller Projektraum führt Beteiligte, Unterlagen und Prozesse zusammen
- stringente Unterstützung über den gesamten Antragsprozess hinweg
- höhere Qualität in eingehenden Anträgen erleichtert Bearbeitung
- Geschwindigkeit und Einsparungen durch vollständig digitale Aktenführung
- jederzeit Transparenz über den Verfahrensstand für alle Beteiligten
- einfache Anbindung an alle relevanten Fachverfahren
- zukunftssicher durch XBau 2.2 und OZG-Konformität

Lernen Sie das Virtuelle Bauamt 2.0 im Video auf unserer Webseite kennen: www.cit.de/vba



cit GmbH
Kirchheimer Str. 205
73265 Dettingen/Teck
(0 70 21) 950 858-0
info@cit.de

www.cit.de

Zusammenarbeit ist die Antwort

Im Interview erläutert Jürgen Hansjosten, Geschäftsführer von Infracore Germany (IFG), weshalb ein Glasfaser-Doppelausbau zu vermeiden ist und warum Bürgermeister sich in ihren Ausbauentscheidungen nicht unter Druck setzen lassen sollten.

Herr Hansjosten, auf den Fiberdays Mitte Juni dieses Jahres in Wiesbaden war die Gestaltung der künftigen öffentlichen Förderung von Glasfaserprojekten ein Schlüsselthema. Befürchtet die Branche zu Recht einen Förder-Tsunami?

Grundsätzlich ist Förderung überall dort sinnvoll, wo der privatwirtschaftliche Ausbau nicht umsetzbar ist, etwa beim Anschluss von Weilern und Gehöften. In Bayern blickt unsere Tochter LEONET diesbezüglich auf eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Land, den Kreisen und Gemeinden

Investoren bauen bereits aus, dann erhalten die Kommunen nach Jahren endlich Förderbescheide, die diese möglichst rasch und meist mit anderen Partnern umsetzen wollen. Dies führt zu paradoxen Entwicklungen und zersplittert Glasfaserinfrastrukturen weiter und weiter. Ich kenne im ländlichen Raum keinen Business-Case, der sich für mehrere Netze auch nur ansatzweise rechnet.

Was fordern Sie?

Der privatwirtschaftliche Ausbau benötigt Planungs- und Investitions-



Jürgen Hansjosten

Leider ja. Wir erleben dies in Bayern im Tagesgeschäft. Da kündigen die Telekom oder GlasfaserPlus in einer kleinen Kommune plötzlich den Ausbau der Glasfaser an, um die sie früher einen Riesebogen gemacht haben. Und das, obwohl bereits ein Netz durch einen anderen Anbieter in Planung oder schon im Bau ist. Im nächsten Schritt baut man dann starken psychologischen Druck auf: Man dürfe ja nicht mitverlegen, denn dafür gäbe es nur im geförderten Ausbau einen Anspruch. Dann müsse man halt in einem Jahr oder zwei Jahren wiederkommen und die Straßen erneut aufreißen. Dies verunsichert Bürgermeister zutiefst.

Wie lautet Ihr Rat?

Unsere Antwort ist nach wie vor eine enge Zusammenarbeit. Wenn

„Im Sinne der Verbraucher sollte es keinen Wettbewerb um die Netze geben.“

zurück. Wir brauchen allerdings eine eng abgestimmte Verzahnung von privatwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau mit Augenmaß. Hier sehen wir aktuell bedeutende Fehlentwicklungen, wenn Förderung mit der Gießkanne und nicht punktuell dort stattfindet, wo es einen Nutzen für alle bringt.

Gibt es einen Überbau privatwirtschaftlich errichteter Netze durch geförderte Netze?

Im Tagesgeschäft kommt es zunehmend zu Überbauungen: private

sicherheit. Ist die Wirtschaftlichkeit privater Ausbauprojekte durch geförderte Maßnahmen und Doppelausbau gefährdet, droht rascher Rückzug mit schweren langfristigen Folgen für den Ausbau. Aus Branchensicht müssten eigentlich nur maximal zehn Prozent der grauen Flecken mit Fördergeldern ausgebaut werden. Hier sind Abstimmung und effiziente Tools gefragt, die einen Überbau durch Förderung verhindern.

Ergeben sich durch die Deutsche Telekom und GlasfaserPlus neue Unsicherheiten?

sich ein Bürgermeister und seine Gremien für uns entscheiden, dies offen gegenüber den Bürgern kommunizieren, uns rasch ausbauen lassen und eindeutige Bauvorgaben machen, nehmen diese Vorstöße ab. Denn letztlich muss auch die Telekom Geld durch sinnvolle Investitionen verdienen.

Was steckt dahinter?

Der Telekom-Vorstand predigt seit einiger Zeit Kooperationen, Open Access und den Schulterchluss bei Genehmigungen, welche auch wir unterstützen. In der Realität sehen wir bei Projekten vor Ort, dass es nicht um das vorge-schobene Wohl der Bürger, sondern eindeutig um Verdrängung der privatwirtschaftlichen Wettbewerber und um Marktanteile geht. Jedem Bürgermeister und seinen Gremien, die sich darauf einlassen und Baugenehmigungen verzögern, sollte

klar sein, dass sie die Ausbauprojekte signifikant verzögern. Denn wer garantiert, dass rasch ausgebaut wird, wenn der privatwirtschaftliche Anbieter vertrieben ist? Im Sinne der Verbraucher sollte es keinen Wettbewerb um die Netze, sondern Wettbewerb auf den Netzen über Open Access geben. Ein Unternehmen baut aus, öffnet sein Netz für die Wettbewerber, sorgt so für Anbietervielfalt und der Kunde entscheidet über das beste Angebot. Nur dies bringt den Ausbau für alle sinnvoll voran.

Wie wirken sich steigende Tiefbaupreise aus?

Die Ausbaugeschwindigkeit sinkt. Jeder Bürgermeister kennt die Situation. Fehlende Baukräfte sind nicht nur beim Glasfaserausbau, sondern in fast allen lokalen Infrastrukturmaßnahmen ein stark limitierender Faktor. Umso wichtiger

ist, dass ungezielte und unkoordinierte Fördermaßnahmen sowie Doppelausbau vermieden werden. Dies würde die Nachfrage und Preise weiter nach oben treiben. Hier ist die Vernunft aller Beteiligten gefragt.

Wie läuft es bei den Genehmigungsverfahren?

Wir benötigen dringend ein Umdenken in den Verwaltungen. Teilweise 15 und mehr Genehmigungen für einen Streckenabschnitt sind kontraproduktiv. Zumal es in den meisten zuständigen Behörden sehr starke Personalengpässe gibt, die laufende Genehmigungen unnötig weiter in die Länge ziehen. Bundesweit sollten neue Standards entwickelt werden, die Genehmigungen schlanker und schneller machen.

Interview: Thomas Fuchs

Glasfaserausbau nicht ausbremsen

Der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau steht derzeit vor gleich mehreren großen Herausforderungen.

In Deutschland hat aktuell erst jeder Fünfte von 42 Millionen Haushalten Zugang zur Glasfaser. War vor sechs Jahren diesbezüglich noch von einem Marktversagen und fehlenden Investitionen der Telekommunikationsunternehmen die Rede, stehen heute bundesweit rund 50 Milliarden Euro für den privatwirtschaftlichen Ausbau in den ländlichen Regionen sowie Randlagen der Metropolen bereit. Die Branche hat aber nicht nur mit massiv steigenden Baupreisen zu kämpfen. Es fehlen auch Tiefbaukapazitäten, die Ge-

nehmungsverfahren sind langsam, hinzu kommen Sorgen vor einem Ausufernden staatlicher Förderprojekte. Letztere gehen mit einer Flut an Markterkundungsverfahren einher, die den eigenwirtschaftlichen Ausbau kurz- bis mittelfristig ausbremsen können. Auch wird eine durch Förderung erhöhte Nachfrage die Tiefbaupreise weiter steigen lassen. Für weitere Entschleunigung sorgt außerdem der mögliche Überbau privatwirtschaftlicher Projekte durch die Deutsche Telekom oder GlasfaserPlus. Ge-

fragt ist ein konstruktiver Dialog zwischen Bund, Ländern, Kommunen und der Glasfaserbranche, um den eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau intelligent zu verzahnen.

Infra fibre Germany (IFG) gehört zu den schon länger im Markt agierenden privatwirtschaftlichen Investoren und will in den kommenden Jahren über 1,5 Milliarden Euro vor allem in Süddeutschland investieren. Über die beiden Tochtergesellschaften LEONET und BBV Deutschland erreicht die IFG rund 150.000 Haushalte.

Thomas Fuchs ist Geschäftsführer von fuchs media consult, Gummersbach.

Per Klick alles im Blick

Sonia Welter

Über das Web-Modul der AIDA Zeiterfassungslösung können die Mitarbeitenden von überall aus per Browser Buchungen vornehmen. Individuelle Visualisierungen bietet das Dashboard.

Die Digitalisierung hilft dabei, Aufgaben in der Personalverwaltung effizient, schnell und menschlich zu gestalten. Bedienerfreundliche Lösungen nehmen alle Beschäftigten mit – auch in Bereichen mit geringer IT-Infrastruktur. Etwa die Lösung von AIDA Orga gestaltet die Erfassung von Arbeitszeiten im Homeoffice so einfach wie komfortabel: entweder über den PC-Arbeitsplatz, Laptop oder mit der AIDA-Buchungs-App für Tablet und Smartphone – auch ohne eigene Port-Freigabe. Darüber können Kommen und Gehen, Pausen und Dienstgänge, Kostenstellenwechsel sowie Projekt- oder Auftragszeiten gebucht werden. Auskünfte über das Web-Portal und das papierlose Antragswesen ermöglichen schnelle und direkte Informationen, egal an welchem Ort gearbeitet wird.

Über das Web-Modul der AIDA Zeiterfassungs-/Zeitwirtschaftslösung können die Mitarbeitenden direkt von ihrem PC-Arbeitsplatz oder von unterwegs aus per Browser auf die Anwendung zugreifen. Nach der Anmeldung per Passwort stehen den Beschäftigten in Menüs zahlreiche Funktionen zur Verfügung: vom Einblick in die eigenen Zeitkonten bis hin zu direkten Buchungsmöglichkeiten. Urlaubs- und Abwesenheitsanträge werden digi-



Ansichten im Dashboard unterscheiden sich je nach Berechtigung.

tal gestellt und genehmigt, Auskünfte online eingeholt, Dienste geplant. Auch die Abrechnung wird elektronisch an das Lohn- und Gehaltsverfahren übergeben. Neu ist die Möglichkeit, bei der Antragstellung Dateien mit bis zu 20 Megabit (MB) mitzusenden. Dateianhänge können bei Anträgen im Personalbereich sowie im Auftrags- und Projektbereich übermittelt werden. Der Aufruf der Dateianhänge ist Antragstellern und Vorgesetzten vorbehalten.

Ein Dashboard fasst die wichtigsten Informationen zusammen. Über die grafischen Einzeldarstellungen gelangt der Nutzer in die dazugehörigen Detailauskünfte. Die Freigabe der ausführbaren Funktionen kann für jeden Teilnehmer individuell

eingestellt werden. Das „Virtuelle Terminal“ für das Buchen am PC kann ebenso eingerichtet sein wie der persönliche Kalender mit Direktzugriff auf den vollen Funktionsumfang des eigenen Web-Kalenders in der Vollbildschirmansicht. Außerdem kann über die Übersichtsgrafiken in die persönlichen Zeitkonten und das Zeitjournal gewechselt werden. Die Administration gibt frei, welche Möglichkeiten das Dashboard zur Verfügung stellen soll. Die Arbeitsweise ist intuitiv und kommt bei den Usern sehr gut an: Sie sehen alle interessanten persönlichen Daten auf einen Blick mit nur einem Klick.

Sonia Welter ist bei der AIDA ORGA GmbH verantwortlich für Vertrieb und Marketing.

Digital Twin für Memmingen

Die Stadt Memmingen will mit dem Aufbau eines Digitalen Zwillings sowie eines LoRaWAN ihre Innenstadt nachhaltig stärken und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Zur Unterstützung einer nachhaltigen, digitalen und zukunftsfähigen Wirtschaft sowie der Krisenbewältigung im Zusammenhang mit der Coronapandemie stellt die Europäische Union Fördermittel zur Verfügung. Teil des Programms REACT-EU ist eine Innenstadt-Förderinitiative für bayerische Städte, Märkte und Gemeinden – mit dem Ziel Synergien zwischen städtebaulicher und gewerblicher Entwicklung herzustellen sowie den Standort Innenstadt zu stärken.

Anfang dieses Jahres hat die Stadt Memmingen den Zuschlag für die Teilnahme an REACT-EU erhalten. Wie die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) mitteilt, soll mit der Entwicklung und dem Aufbau eines Digitalen Zwillings sowie eines LoRaWAN die Altstadt nachhaltig gestärkt werden. Digital Twins werden über Sensoren an die reale Welt gekoppelt, um diese so exakt wie möglich widerzuspiegeln. Damit wird ein Abbild der Realität geschaffen, an dem Veränderungen getestet werden können. Das soll dazu beitragen, negative Entwicklungen frühzeitig

zu erkennen, Gegenmaßnahmen zu definieren und Erfolge langfristig zu überwachen. Der Digitale Zwilling dient also einerseits als Visualisierungs- und Simulationsplattform und andererseits als interaktive Planungsplattform für die städtebauliche Entwicklung.

Wie die AKDB weiter mitteilt, erhielt das in Memmingen ansässige Unternehmen RIWA den Zuschlag für den Aufbau eines Digitalen Zwillings sowie eines LoRaWAN. RIWA und AKDB bieten seit dem Jahr 2021 unter dem Dach von RIWA eine gemeinsame Produkt- und Dienstleistungspalette an. Das Unternehmen ist zudem gemeinsam mit der AKDB sowie den Firmen roosi und digitalfabriX Mitglied der Initiative Smart Data Services, die Kommunen, Bürger und Unternehmen durch innovative Informations- und Kommunikationstechnologien auf dem Weg zur Smart Community unterstützt.

Beim Aufbau der Plattform werden innovative sensorgestützte Lösungen genutzt, um Use Cases in Echtzeit bereitzustellen. Zu diesen zählt laut AKDB unter anderem die Frequenzmessung von Passanten, um beispielsweise Points of Interest zu ermitteln und zu steuern. Fahrzeugzähler dienen

zur Meldung von Verkehrsbehinderungen oder -überlastungen, eine Auslastungsüberwachung von Parkräumen erleichtert gezielte Erweiterungsmaßnahmen. Außerdem zählen zu den Use Cases die Smart-Waste-Füllstandsmessung für eine effiziente und optimierte Abfallwirtschaft, das Umweltmonitoring zur Warnung kritischer Werte oder das Anbringen von Bodenfeuchtesensoren für ein intelligentes Bewässerungsmanagement. Der Digitale Zwilling wird nach Angaben der AKDB auf die bestehende Geo-Informationeninfrastruktur der Stadt Memmingen aufgesetzt und vollumfänglich integriert, wodurch ökologische, ökonomische und soziale Verbesserungen erreicht sowie Ressourcen und Finanzen eingespart werden.

Für die Erstellung des LoRaWAN, das direkt an den Digitalen Zwilling sowie das Geo-Informationssystem der Stadt Memmingen angebunden wird, wird das Allgäuer Überlandwerk (AÜW) im Rahmen des Gesamtprojekts von RIWA beauftragt. Der Gründungsgesellschafter von RIWA betreibt gemeinsam mit den Energieversorgern aus dem Allgäu-Verbund seit 2018 ein LoRaWAN-Funknetz und entwickelt darauf aufbauende Anwendungsfälle.

Alexandra Braun

Link-Tipp

Weitere Informationen sind zu finden unter:

- www.smart-dataservices.de

In Rekordzeit zum Antrag

Martin Senft

Kann es gelingen, einen OZG-Dienst innerhalb eines Monats zu entwickeln und bundesweit auszurollen? Die Erfolgsgeschichte des Online-Antrags „Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen“ zeigt, dass dies möglich ist – wenn gewisse Grundsätze beachtet werden.

Schwierige Zeiten stellen uns vor besondere Herausforderungen. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) hat im Auftrag des Landes Brandenburg den OZG-Dienst „Antrag auf Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen“ entwickelt, in den bundesweiten Roll-out gebracht und für eine Anbindung an das eigene Fachverfahren gesorgt. Der Online-Dienst richtet sich speziell an Geflüchtete aus der Ukraine. Die Aufgabe wurde innerhalb von nur drei Wochen erfolgreich umgesetzt, die Lösung ist inzwischen in über 130 Ausländerbehörden in 13 Bundesländern nutzbar.

„Die Umsetzung des Online-Services für den Aufenthaltstitel belegt einmal mehr, dass das Einer-für-Alle-(EfA)Prinzip der richtige Weg ist, um digitale Services nutzerfreundlich, arbeitsteilig und effizient zu realisieren“, kommentierte dies Bundes-CIO Markus Richter in einer Pressekonferenz des Bundesinnenministeriums im April 2022. „Das Beispiel unterstreicht, dass die Verwaltung schnell digitalisieren kann, wenn Fach- und IT-Kompetenz von Bund, Ländern und Kommunen an einem Strang ziehen.“

Wie ist das aber möglich, wenn man die bisherige schleppende Um-

setzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) betrachtet? Es gibt dafür eindeutige Erfolgsfaktoren, die bei den Herausforderungen der Digitalisierung als Anregung dienen können.

Grundvoraussetzung ist der klare politische Wille zur zeitnahen Umsetzung. Das bedeutet: Kein Kompetenzgerangel, keine juristischen Fallstricke und bürokratischen Hürden. Durch eine klare Zuständigkeitsregelung auf Arbeitsebene kann diese politische Forderung erfüllt werden. Das setzt eine technische Plattform voraus, die allen Anforderungen an moderne Web-Anwendungen gerecht wird. Dazu gehören Mehrsprachigkeit, Barrierefreiheit und Cloud-Fähigkeit. Genauso wichtig ist aber ein gut eingespieltes Projekt-Team mit der notwendigen fachlichen und technischen Kompetenz. Zusätzlich erforderlich ist die enge Verzahnung mit einem Test- und Roll-out-Team. Die frühzeitige Einbindung von Testexperten führt bereits bei der Entwicklung zu einer größtmöglichen Automatisierung der Tests. Bei einer Bereitstellung innerhalb von



Antrag für Ukraine-Flüchtlinge konnte schnell entwickelt werden.

drei Wochen kommt zudem dem Roll-out-Team eine besondere Bedeutung zu. Die Einrichtung in hunderten Ausländerbehörden in Deutschland und die Durchführung entsprechender Tests kann nur automatisiert erfolgen.

Wichtig ist auch: Beim Datentransport muss es eine Standardisierung geben. Einheitliche Datenübertragungsstandards wie XAusländer, OSCI-Transport und DVDV sind daher unerlässlich und müssen konsequent genutzt und ausgebaut werden. Die genannten Transportinfrastrukturen und Standards sind in Deutschland flächendeckend für Ausländerbehörden vorhanden und seit Jahren erfolgreich im Einsatz. Ohne diese Rahmenbedingungen wäre eine Umsetzung in dem eng gesteckten Zeithorizont nicht möglich gewesen.

Zudem ist ein professioneller Kontakt zu den Fachverfahrensherstellern notwendig. Dann kann eine Anbindung der Antragsdaten bis ins Back End der Behörden hinein entstehen. Genau das hat die AKDB im Frühjahr 2022 kurzfristig für Sachbearbeitende im Ausländerwesen mit einer Anbindung des Online-Dienstes an das Fachverfahren OK.VISA realisiert, das bundesweit bereits bei über 50 Ausländerbehörden im Einsatz ist.

Für die zukünftige Digitalisierung bedeutet das: Es muss einen engen Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine Fokussierung auf die wichtigsten Aufgaben geben. Die zuständigen Behörden – hier die Ausländerbehörden – sind von zentraler Bedeutung. Nur Akzeptanz und Mitarbeit der Sachbearbeitenden, die den Dienst nutzen, ermöglichen eine erfolgreiche Umsetzung.

Michael Schiller ist Sachgebietsleiter Ausländerrecht und Personenstandswesen im oberpfälzischen Landratsamt Neustadt an der Waldnaab. Seit Anfang Mai 2022 bietet das Landratsamt auf seiner Homepage zwei Online-Antragsstrecken für die Beantragung eines Aufenthaltstitels an. Diese Dienste garantieren Antragstellern und Sachbearbeitern eine nahezu medienbruchfreie Nutzung. Beide entwickelte die AKDB für das Land Brandenburg. Neben dem Antrag „zum Zwecke der Erwerbstätigkeit“ gibt es die Antragsvarianten „aus humanitären Gründen“, zum „Familiennachzug“, hinsichtlich „Nebenbestimmungen“ sowie zur „Ausbildung“. Beim Klick auf den Antrag zum Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen wird man auf das

Portal Germany4Ukraine des Bundesinnenministeriums weitergeleitet. Die aus der Ukraine geflüchteten Menschen, im Juli 2022 waren es bereits fast eine Million, bekommen einen Aufenthaltstitel, der zwei Jahre lang gilt. Im Landkreis Neustadt an der Waldnaab leben zurzeit 800 ukrainische Flüchtlinge und weitere 5.000 Ausländer. Michael Schiller glaubt, dass ukrainische Flüchtlinge den Online-Antrag viel und gerne nutzen werden: „Den Antrag können sie auch per Handy stellen – das geht ganz leicht. Natürlich auf Ukrainisch, Russisch und Englisch.“

Auch im Landratsamt Starnberg in Oberbayern wird der Online-Dienst genutzt, hier mit Anbindung an das Fachverfahren OK.VISA der AKDB. Der durchgehend digitale Ende-zu-Ende-Prozess fügt sich reibungslos in die gewohnten Abläufe ein und sorgt für Arbeitserleichterung. In beiden Landratsämtern ist die Anbindung weiterer Antragsstrecken zur Aufenthaltserlaubnis geplant.

OZG-Dienste können nach dem EfA-Prinzip also durchaus kurzfristig erstellt und flächendeckend ausgerollt werden, wenn die oben genannten Rahmenbedingungen gegeben sind. Das beweist, dass mit dem Onlinezugangsgesetz und dem EfA-Prinzip die richtigen Grundlagen geschaffen wurden. Für die Umsetzung und den Roll-out braucht es aber Professionalität und die Mitwirkung von Spezialisten sowohl auf fachlicher als auch auf technischer Ebene.

Martin Senft ist Leiter Projekt-Management/Anforderungsmanagement Digitale Verwaltung bei der AKDB.



ALLRIS

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit !

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**



Vorgehen mit **Realitätsbezug**

J. Bunten

Brandenburg ist federführend zuständig für OZG-Projekte im Bereich Ein- und Auswanderung. An den Pilotvorhaben beteiligte sich unter anderem die Ausländerbehörde im Kreis Teltow-Fläming. Sie kommt zu dem Schluss: Die Arbeit hat sich gelohnt.

Für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wurde bereits sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Die bisherige Ausbeute ist aber ausbaufähig. Die ermittelten „wichtigsten“ 575 Leistungen, die bis Ende dieses Jahres in Betrieb gehen sollen, lassen auf sich warten. Diejenigen, die an der Basis für die tatsächliche Implementierung der Services verantwortlich und fachlich kompetent sind, klagen, dass ihre Expertise in diesem Mammutprozess bislang nicht gefragt war. Stattdessen herrscht der Glaube vor, dass der Blick von außen mithilfe von Beratern die Lösung sei.

Entgegen aller Äußerungen aus der Politik funktioniert die öffentliche Verwaltung in Deutschland, sind die meisten Bereiche mithilfe standardisierter Fachverfahren bereits in sich digitalisiert. Auch die Verwaltungsprozesse sind durch das Angebot am Markt weitgehend standardisiert. Kaum eine Kommune arbeitet mit für sie originär entwickelter Software. Vielmehr werden Produkte genutzt, die in der Regel in allen Bundesländern zum Einsatz kommen und nur in sehr geringem Maß für spezifische Anforderungen konfigurierbar sind. Digitale Steinzeit, wie sie laut der Politik in den deutschen Amtsstu-

ben vermeintlich herrscht, sieht anders aus.

Das Land Brandenburg ist federführend verantwortlich für die Umsetzung von Projekten im OZG-Themenfeld Ein- und Auswanderung. Konkret umfasst dies digitale Leistungen im Bereich Aufenthalt, Beschäftigungserlaubnis und Staatsangehörigkeit. Dabei verfolgt das Bundesland eine stark praxisbezogene Herangehensweise: Ziel ist es, möglichst nutzerfreundliche Online-Verfahren für eine sehr heterogene Zielgruppe zur Verfügung zu stellen. Die potenziellen Nutzergruppen reichen von hochqualifizierten Fachkräften über ausländische Studierende bis hin zu anerkannten Flüchtlingen. An der Umsetzung der OZG-Leistung Aufenthaltstitel wirkte die Ausländerbehörde des Kreises Borken als Pilotpartner maßgeblich mit. Seit April dieses Jahres bietet sie als erste Ausländerbehörde in Nordrhein-Westfalen die digitale Lösung für die Beantragung einer Ersterteilung und die Verlängerung des Aufenthaltstitels an.

Auch die Ausländerbehörde im fränkischen Nürnberg, die zunächst einen eigenen Weg gegangen war, freut sich aktuell über mehrere tausend Online-Anträge auf einen

Aufenthaltstitel. Innerhalb eines Jahres wird hier nun ein komplexes Antragssystem digitalisiert angeboten – bis hin zur medienbruchfreien Bearbeitung durch die Sachbearbeitenden in der zuständigen Ausländerbehörde, die dafür das Fachverfahren ADVIS von Anbieter Kommunix inklusive Ablage im Dokumenten-Management-System nutzen. Zum Einsatz kommen außerdem die bekannten und etablierten Transportwege über die Übermittlungsstandards OSCI-Transport und XAusländer.

An den OZG-Pilotprojekten des Landes Brandenburg im Themenfeld Ein- und Auswanderung hat sich auch die Ausländerbehörde im brandenburgischen Kreis Teltow-Fläming beteiligt. Die Umsetzung eines solchen sachgebiets- und behördenübergreifenden Projekts bedeutete laut der Kommune zunächst Mehrarbeit, Fleiß und starke Nerven, da dies für alle Beteiligten Neuland war. Nachdem die Antragsstrecken für die Online-Anträge in mehreren Workshops erarbeitet wurden, die datenschutzrelevanten Themen geklärt sowie die technischen Voraussetzungen und vertraglichen Grundlagen geschaffen waren, konnte die Online-Beantragung für die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaub-

nissen Ende 2020 starten. Aktuell kann man auf der Website des Landkreises online einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit und seit 2021 auch Daueraufenthaltsberechtigungen EU/EWR beantragen. Weitere Online-Anträge (etwa die Aufenthaltserlaubnis aus humanitären und familiären Gründen) befinden sich in der Planung oder Umsetzung.

Der Service der Ausländerbehörde Teltow-Fläming lässt sich bequem von zu Hause aus nutzen. Die elektronische Übermittlung der Daten und Unterlagen reduziert zeitaufwendige Behördengänge. Gerade im ländlichen Raum, wo die Wege zur Behörde weiter sind, trägt das zur Entlastung der Kundinnen und Kunden bei. Unnötige Fahrten entfallen und das Vorsprechen in der Behörde kann auf ein Minimum beschränkt werden.

Während die Online-Anträge für Daueraufenthaltsberechtigungen EU/EWR noch über das besondere elektronische Behördenpostfach an die Ausländerbehörde übermittelt werden, wurde für die Online-Beantragung des Aufenthaltstitels zur Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr vonseiten der Firma Kommunix, Hersteller der im Kreis Teltow-Fläming verwendeten Fach-Software ADVIS, ein eigenes Tool zur Verfügung gestellt. Damit werden die Antragsdaten und die als Anlage hochgeladenen Unterlagen direkt in ADVIS übermittelt. Den Sachbearbeitenden der Ausländerbehörde wird in der Software der Antragsingang angezeigt und sie können

in Ruhe die Prüfung des Antrags vornehmen. Die Antragsanlagen werden automatisch in der elektronischen Datei der betreffenden Person in der Fach-Software gespeichert, was einen zusätzlichen Scan-Vorgang oder – nach Einführung der E-Akte – gar das Ausdrucken der Anlagen künftig vollständig überflüssig machen wird. In Zukunft soll auch eine direkte Beantwortung mittels eines Rückkanals aus der Fach-Software heraus möglich sein,



Digitalisierung im Bereich Ein- und Auswanderung ist ein Erfolg.

ebenso eine direkte Terminvergabe. Wurde das Angebot anfangs noch zögerlich genutzt, sind aktuell 46 Anträge online eingegangen.

Der Online-Antrag erfolgt auf einem eFA-Antragsformular, also bundeseinheitlich mit geringen landesspezifischen Anpassungen. Der medienbruchfreie Prozess kann nun in den am eFA-Projekt teilnehmenden Ländern in allen Kommunen mit dem jeweils im Einsatz befindlichen Fachverfahren erfolgen. In Kürze erhalten die Antragsteller die Antwort auch nicht mehr per Post sondern im Portal. Termine sind dadurch aber nicht obsolet, der Fingerabdruck muss genommen werden, bevor der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) abgeholt werden kann. Ein Terminvorschlag

kann im digitalen Antragsprozess erfolgen. Auf dieser Basis konnte dann auch die Beantragung der Aufenthaltserlaubnis für die ukrainischen Flüchtlinge sehr pragmatisch und unter Beteiligung von Praktikern aller Ebenen erheblich vereinfacht werden.

Was lässt sich also aus dem besonderen Vorgehen des Landes Brandenburg im OZG-Themenfeld Ein- und Auswanderung lernen?

Zum einen war die beschriebene Lösung deshalb möglich, weil das Land alle am Markt beteiligten Fachverfahrenshersteller zum Gespräch gebeten hatte. Die Idee war es, funktionierende Strukturen zu nutzen und nur dort Neues auf den Weg zu bringen, wo Altes nicht vorhanden ist oder nicht mehr zeitgemäß funktioniert. Parallel wurde über

Digitalisierungslabore hinaus die schnelle Rekrutierung von Pilotanwendern aus der Praxis betrieben. So kamen Experten, Anwender und Fachleute aus der Ausländerbehörde mit ihrem Fachwissen zu Prozessen, rechtlichen Voraussetzungen und Anforderungen mit denjenigen zusammen, die über eine hohe Expertise in der Verwaltungsdigitalisierung verfügen. Auch der seit Langem im Kontext Ausländerbehörde angewandte Standard XAusländer trug zum Erfolg bei. Diese Herangehensweise bringt nicht nur auf der Bürgerseite Erleichterung, sondern ermöglicht den Sachbearbeitenden auch eine schnellere und vor allem fehlerfreie Bearbeitung.

Joseph Bunten ist Geschäftsführer der Kommunix GmbH, Unna.

E-Signatur via Onlinebanking

M. C. Salzmann

Als bundesweiter Vorreiter ermöglicht es die Stadt Marburg ihren Bürgerinnen und Bürgern, eine qualifizierte elektronische Fernsignatur per Onlinebanking zu leisten. Ohne zusätzliche Hard- oder Software können somit noch mehr Behördengänge digital erledigt werden.

Wer einen Vertrag abschließen oder Dokumente beantragen will, muss in der Regel eine Unterschrift leisten. Das Schriftstück musste dafür meist ausgedruckt, unterschrieben und entweder als Brief versendet oder aber wieder eingescannt und per E-Mail oder über spezielle Apps übermittelt werden. Anders geht das jetzt in der Stadt Marburg. Als bundesweit erste Verwaltung ermöglicht es die hessische Kommune ihren Bürgerinnen und Bürgern, eine E-Signatur über das eigene Onlinebanking zu leisten. Zunächst gilt dies für wiederkehrende Zahlungen über SEPA-Lastschriftmandate. „Als hessische Modellkommune haben wir vor einem Jahr mit dem Projekt der digitalen rechtssicheren Unterschrift angefangen. Jetzt gehen wir mit der ersten praktischen Anwendung für die elektronische Signatur an den Start“, berichtet Marburgs Oberbürgermeister Thomas Spies beim offiziellen Startschuss für das Projekt Anfang Juni 2022 im Rathaus der Universitätsstadt. „Damit können noch mehr Behördengänge von zu Hause aus erledigt sowie der Versand von unterschriebenem Papier per Post eingespart werden.“

Die Voraussetzungen für die gesetzeskonforme qualifizierte elek-

tronische Fernsignatur mittels Identitätsprovider, wozu die Geldinstitute zählen, schafft die eIDAS-Verordnung. Ohne zusätzliche Software, Programme, Karten, Lesegeräte oder Spezialwissen können die Marburgerinnen und Marburger sich deshalb über die sichere Identität bei dem qualifizierten Vertrauensdiensteanbieter (qVDA) identifizieren. Als Onlinebanking-Nutzende haben sie bereits einen Legitimationsprozess bei dem jeweiligen Geldinstitut durchgeführt. Die Banken verfügen somit über solide Identitätsdaten und haben ihre Kundschaft durch die aufwendigeren Authentisierungsverfahren geleitet. Die Kunden wiederum sind mit den sicheren Log-in-Mechanismen und den rechtssicheren und datenschutzkonformen Abläufen vertraut. Die E-Signatur via Onlinebanking in E-Government-Anwendungen genießt also eine hohe Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern. In allen OZG-Leistungen kann diese Art der Fernsignatur ohne Online-Ausweisfunktion für eine nutzerfreundliche, schnelle und medienbruchfreie Abwicklung sorgen. Auch den Sachbearbeitenden in der Verwaltung kommt dies zugute. Es entfällt das zeitintensive und fehleranfällige Tippen. Auch bleibt ihnen der Aufwand



Startschuss für die digitale Unterschrift per Onlinebanking.

für Datenabgleich, Papierhandling und Aufbewahrung erspart.

Hinter dem Marburger Pilotprojekt stehen mehrere Projektpartner. Zum einen ist das natürlich die Stadt Marburg. Über Fördermittel hat sie sich als digitale Modellkommune hervorgetan und gilt als Leuchtturm in Hessen.

Die notwendigen Software-Bausteine für die Brücke zwischen dem öffentlichen und dem Finanzsektor liefert der Governikus SigningBro-

* v.l.: Henning Wagner, Leiter Medialer Vertrieb der Sparkasse Marburg-Biedenkopf; Dr. Karen Verbist, Leiterin Fachdienst Digitalisierung der Stadt Marburg; Andreas Bartsch, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Marburg-Biedenkopf; Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies; Natalija Korbmacher aus dem Vorstand Volksbank Mittelhessen; Verena Waldschmidt, Leiterin Privatkundengeschäft Volksbank Mittelhessen; Projektleiterin Dr. Edda Lotz

ker. Software-Anbieter Governikus sorgt seit über 20 Jahren für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, eine vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten zur Authentifizierung- und Integritätssicherung stehen hierbei im Vordergrund.

Die direkte Schnittstelle zu den Marburgerinnen und Marburgern stellen die Sparkasse Marburg-Biedenkopf und die Volksbank Mittelhessen dar. Beide bieten ihrer Kundschaft den Identitätsdienst yes zur Verifizierung an. Ein schneller, sicherer und bequemer Zugang zum Onlinebanking ist dadurch gewährleistet.

Das Unternehmen Form-Solutions schließlich bringt seinen eigen entwickelten Formular-Editor in das Projekt ein. Darüber wird das Online-Formular angeboten, das die Bürger ausfüllen können, wenn sie einen Antrag stellen möchten. Beim Befüllen der Antragsunterlagen werden die Marburger von Antragsassistenten der Firma Form-Solu-

tions unterstützt. Stufenweise werden sie durch den Online-Dienst geführt. „Sie füllen das Formular online bei uns aus. Zum Signieren werden sie auf ihre Onlinebanking-Seite geleitet. Sie loggen sich ein und bestätigen diese Weiterleitung noch einmal – es ist eine so genannte Zweifaktorenauthentifizierung – und damit haben sie elektronisch unterschrieben“, demonstriert Edda Lotz, Projektleiterin im Fachdienst Digitalisierung der Stadt Marburg, die neue Funktion in der Pressekonferenz zum Startschuss des Projekts. Form-Solutions ist ebenfalls seit mehr als 20 Jahren Digitalisierungspartner deutscher Behörden. Produkte und Services werden kontinuierlich und einfach multiplizierbar für alle Behörden bereitgestellt.

Oberbürgermeister Spies bekundet, dass Marburg die OZG-Umsetzung voller Überzeugung vorantreibt: „Als öffentliche Hand müssen wir unsere Verwaltungsleistungen nicht nur digitalisieren – wir wollen das auch“, so der OB bei der Vorstellung des Projekts. Das sei eine große

Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger, die nun vieles vom Sofa aus erledigen könnten.

Erprobt wird im Projekt zunächst das Bezahlen von Gebühren. Wer also Gewerbesteuer, Grundsteuer oder Kitagebühren per Lastschrift bei der Stadt Marburg bezahlen möchte, kann das jetzt digital über das eingerichtete Onlinebanking in die Wege leiten. Die Probephase läuft bis Juli 2023. Danach soll die E-Signatur möglichst vielen Behörden zugänglich gemacht werden.

„Auf das Ergebnis unseres Pilotprojekts sind wir sehr stolz“, betont Projektleiterin Lotz. „Die spannende und produktive Zusammenarbeit mit allen Projektbeteiligten hat uns geholfen, unser Anliegen – den Bürgerinnen und Bürgern von Marburg eine einfache sowie nutzerfreundliche Bedienung des Online-Dienstes zur Verfügung zu stellen – zu verwirklichen.“

Magali C. Salzmann ist Marketingmanagerin bei der Form-Solutions GmbH, Karlsruhe.

Anzeige



Gestern: Nervensache...

Service optimiert

Simone Mandera

Durch die Einführung eines Online-Terminvereinbarungssystems konnte die Wallfahrtsstadt Werl gleich mehrere Ziele erreichen: Bürgerservice verbessern, Ressourcenplanung optimieren, Zufriedenheit steigern sowie Flexibilität und Effizienz erhöhen.

Die einstige Sälzerstadt Werl liegt zwischen Sauerland, Münsterland und Ruhrgebiet im Herzen Westfalens und ist mit rund 31.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt des Kreises Soest. Durch die historische Altstadt verstrahlt die Wallfahrtsstadt einen besonderen Charme. Tabea Grabitz von der Abteilung Verwaltungssteuerung hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Charme in die Verwaltung zu transportieren. Seit Juni 2021 ist sie dort verantwortlich für Digitalisierung und E-Government. Gemeinsam mit dem Team des Bürgerbüros und dem Unternehmen JCC Software hat sie ein Online-Terminvereinbarungssystem implementiert, das nach nur sechs Wochen aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken war. Die Lösung überzeugte durch Strukturierung und

Kontrolle der Besucherströme. In der Folge konnten die Kundenzufriedenheit erhöht und der Stress für die Beschäftigten reduziert werden.

Das auslösende Moment für die Einführung des Terminvereinbarungssystems war der zweite Arbeitstag von Grabitz, als sie auf dem Weg in die Mittagspause den stellvertretenden Leiter des Ordnungsamts und Bürgerbüros traf. Er erzählte ihr, dass derzeit alle Termine telefonisch vereinbart werden. „Das Telefon war häufig besetzt, die Bürgerinnen und Bürger unzufrieden, die Mitarbeiterin gestresst“, berichtet Tabea Grabitz. „Dadurch wuchs der Druck, ein Terminvereinbarungssystem zu implementieren.“



Wallfahrtsstadt Werl profitiert vom Terminvereinbarungssystem.

Bevölkerung einfach ist, unser System zu nutzen. Bürger- und Serviceorientierung stehen bei uns im Mittelpunkt.“ Sie führt aus: „Wir haben uns im Team zusammengesetzt und unsere internen Prozesse aufgestellt. So haben wir geklärt, was wir brauchen und was wir gerne möchten. Anhand der erarbeiteten Kriterien war es gar nicht mehr so schwer zu entscheiden, welches System für uns das passende sein könnte.“

Auf JCC Software fiel die Wahl unter anderem aufgrund der intuitiven Benutzeroberfläche. Verschiedene Systemtester, die von Tabea Grabitz und ihrem Team mit ins Boot geholt worden waren, haben diese Oberfläche gelobt. Aber nicht nur die Bedienung des Systems ist unkompliziert, auch die Einführung ging problemlos vonstatten. Die Implementierung verlief im stetigen Austausch mit JCC Software und wurde von einem Konfigurations-

Grabitz und das Team des Bürgerbüros verfolgen mehrere Ziele, um die bisherigen Vorgehensweisen zu optimieren. Neben den genannten zählt dazu auch das Verkürzen der Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger. Zudem sollen die Beschäftigten durch eine vereinfachte Personalplanung und spontane Reaktionen in stark frequentierten Zeiten entlastet werden. Grabitz sagt: „Unser Wunsch ist es, dass es für die

Profil

• Werl

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Landkreis:
Soest
Einwohnerzahl:
31.000
Bürgermeister:
Torben Höbrink (CDU)
Web-Präsenz:
www.werl.de



Das Projekt: Die Wallfahrtsstadt Werl nutzt das Online-Terminvereinbarungssystem von JCC Software. Dieses entlastet die Beschäftigten und verbessert den Bürgerservice.

workshop sowie umfassenden Schulungen flankiert. JCC-Beschäftigte haben das Go-live vor Ort begleitet. „Die Beraterinnen und Berater von JCC waren immer sofort da, wenn Fragen auftraten“, kommentiert Grabitz.

Ein weiterer Pluspunkt ist die Möglichkeit, das System selbstständig zu verwalten. So pflegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Dienstleistungen ein und löschen andere. „Wenn einmal alles aufgesetzt ist, sind kleine Änderungen mit ein paar Klicks erledigt“, erläutert Tabea Grabitz. Urlaubsplanungen und Voreinstellungen von Terminzeiten sind möglich. Die Outlook-Verknüpfung wird in Werl noch nicht genutzt, bietet aber vor allem für die Fachbereiche einen deutlichen Mehrwert, in denen Termine bestimmten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern zugewiesen werden. Schon bei der Terminbuchung wählen Bürgerinnen und Bürger die gewünschte(n) Dienstleistung(en) aus, das System berechnet dann die entsprechende Termindauer. Das reduziert den

Leerlauf zwischen den Terminen und steigert die Effizienz. Unsicherheiten hinsichtlich der Terminlänge gehören ebenso der Vergangenheit an wie Unsicherheiten in Bezug auf die DSGVO-Konformität. Denn die Datenschutzstandards sind in der Software berücksichtigt und können individuell angepasst werden. All diese Punkte sorgen für eine deutliche Entlastung der EDV-Abteilung. Die Konfigurationsmöglichkeiten wiederum steigern die Flexibilität und Produktivität.

Die Software wartet aber mit noch mehr Vorteilen auf: Nutzende können sich verschiedene Statistiken anzeigen lassen und bestimmte Kriterien festlegen, die ausgewertet werden sollen, etwa Wochentag und Zeitraum. So hat Grabitz exemplarisch berechnet, wie lange Bürgerinnen und Bürger ohne Termin durchschnittlich warten. Das Ergebnis führte zu der Überlegung, einen zweiten langen Nachmittag einzuführen. „Ohne das neue System hätten wir diese Auswertungen nicht durchführen können“, meint Grabitz. Sie und ihr Team sind somit

dem Ziel, die Serviceleistungen zu optimieren, einen großen Schritt näher gekommen. Das Terminvereinbarungssystem erlaubt es, nur mit Online-Terminen oder ausschließlich mit Laufkundschaft zu arbeiten oder beides zu kombinieren.

Schon nach wenigen Wochen gab es positives Feedback für die Lösung. Tabea Grabitz berichtet: „Die Bürgerinnen und Bürger sind genauso begeistert wie die Beschäftigten. Auf einen Blick die Übersicht über alle Abläufe zu haben, ist extrem entlastend und erlaubt eine bessere Strukturierung des Arbeitsalltags. Zudem sorgen die verlässlichen Termine ohne lange Wartezeiten für weniger Konfliktpotenzial.“ Bereits bei der Online-Buchung wird ausgewählt, ob eine Terminerinnerung per E-Mail versendet werden soll. Des Weiteren wird eine Übersicht der Unterlagen angezeigt, die für den Termin erforderlich sind. Somit wird der Besuch im Bürgerbüro erfolgreicher und entspannter.

Simone Mandera ist Inhaberin der medienagentur mandera.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Den Worten **Taten** folgen lassen

Kommunen setzen auf Online-Beteiligungsinstrumente, um eine größere Nähe zu ihren Bürgern herzustellen und neue Ideen zu sammeln. Während viele bereits Leitlinien für die Partizipation formuliert haben, ist die strukturierte Bürgerbeteiligung noch die Ausnahme.

In Berlin sollen im kommenden Jahr zwei Modellprojekte starten, die auf eine „Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in Wohnbereichen“ abzielen. „Durch die Abordnung aller öffentlichen Parkplätze sowie die anwohnerfreundliche Nutzung und Umgestaltung des öffentlichen Raums“ sollen in Kreuzberg und in Berlin-Mitte, „hochverdichteten Gründerzeitquartieren“, für ein Jahr alle Parkplätze verschwinden. Die Anwohnerparkausweise werden ungültig und stattdessen Spielstraßen eingerichtet. Als Begründung wird eine „resiliente Klimapolitik“ angeführt. Ein so vehementer Eingriff in Leben und Alltag von Anwohnern, die dann ihre Autos außerhalb der geplanten Parkverbotszone abstellen müssten, böte den perfekten Anlass für eine Bürgerbeteiligung, die aber nicht vorgesehen ist. „Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen“, heißt es im Leitantrag.

Eine formelle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist in Deutschland vor allem im Bau- und Planungsrecht vorgesehen. Die Pläne für Bauvorhaben müssen ausgelegt werden, und die Bürger können Einwände und Vorschläge formulieren, ohne dass sich daraus verpflichtende Konsequenzen für die Umset-

zung ergäben. Nichtsdestotrotz finden im kommunalen Bereich auch zu anderen Themen immer häufiger informelle Beteiligungsverfahren statt, die von öffentlichen Stellen oder durch den Impuls der Bürger ins Leben gerufen werden. Schon 2013 stellte der Deutsche Städtetag fest, dass die repräsentative Demokratie und direkt-demokratische Formen der Beteiligung als gemeinsame Elemente einer lebendigen lokalen Demokratie zu verstehen seien und die Legitimität von öffentlichen Vorhaben steigern könnten.

Im Sinne einer „Gestaltung des Gemeinsamen“ lassen also immer mehr Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger an den Entwicklungsprozessen teilhaben und entwickeln auch Leitlinien für die Partizipation. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat eine Liste aller Kommunen zusammengestellt, die solche Leitlinien vorweisen. In Mannheim ist man bereits einen Schritt weiter und hat



Es gibt viele Wege, Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden.

im Jahr 2019 die Bürgerbeteiligung formalisiert sowie zu einem Teil der kommunalen Strategie und des eigenen Leitbilds erhoben. Ein 35-seitiges Regelwerk beschreibt diese so genannte strukturierte Bürgerbeteiligung. Das Regelwerk „soll die Qualität der Bürgerbeteiligung in Mannheim sichern und weiterentwickeln. Hierzu definiert es sowohl Ziele als auch Qualitätsstandards und regelt Verantwortlichkeiten und Angebote der Bürgerbeteiligung bei städtischen Vorhaben“, heißt es in der Präambel.

In Zeiten gesellschaftlicher Transformation, nicht zuletzt durch die Digitalisierung, hat sich das Bedürfnis nach Mitsprache und Partizipation verändert. Kommunen können

sich solchen diskursiven Ansprüchen nicht entziehen – und sei es nur, um „ein Ohr an der Bevölkerung zu haben“ und die Stimmung in der Gesellschaft besser zu verstehen, wie Eileen O’Sullivan, Digitalisierungs- und Teilhabe-Dezernentin in Frankfurt am Main, es beschreibt (siehe Interview Seite 42). Bisweilen werden Politik und Verwaltung von den Ereignissen überrollt: Den gültigen Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin, einem ehemaligen Flughafengelände, der auf Jahre oder Jahrzehnte eine 300 Hektar große innerstädtische Fläche der Stadtplanung entzieht, hat 2014 zumindest niemand vorhergesehen.

Bürgerdialog, Bürgerforum, Bürgererrat, Ideenwettbewerb, Petition, Konsultation, Referendum, Volksabstimmung, Volksentscheid – es gibt viele Formen und Formate, um Bürgerinnen und Bürger formell oder informell in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Beteiligungsverfahren tragen in den Bundesländern unterschiedliche Namen und weisen unterschiedliche Voraussetzungen auf, weswegen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ein Digitalisierungslabor sich an einer Vereinheitlichung versucht hat. Das hat bislang nicht funktioniert. Dafür sind einzelne Länder und Kommunen inzwischen mit eigenen Beteiligungsportalen an den Start gegangen. In Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Baden-Württemberg, Stuttgart oder Potsdam ist das bereits geschehen. Bürgerinnen und Bürger können sich etwa beim Stuttgarter Strategiedialog Landwirtschaft, bei einer Informationsveranstaltung zur Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Zwickau oder bei einer Online-Befragung zum

integrierten Klimaschutzkonzept für die Gemeinde Eitorf einbringen und ihre Ideen und Vorschläge platzieren.

Im Juni dieses Jahres ist in Nordrhein-Westfalen ein achtjähriges Forschungskolleg zum Thema Online-Partizipation zu Ende gegangen. Nicht erst seit der Coronapandemie verspricht die Idee der Online-Partizipation, die Beteiligung der Bürger am politischen Prozess zu fördern, mehr Transparenz in politische Entscheidungsprozesse zu bringen und dadurch die Legitimität zu erhöhen und verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückzuerlangen. Auch der Teilnehmerkreis bei Beteiligungsangeboten lässt sich durch eine orts- und zeitungebundene Online-Interaktion vergrößern.

Aus dem Projekt ist ein ganzer Baukasten mit digitalen Modulen für Beteiligungsplattformen hervorgegangen. Dort finden sich Mängelmelder für Kommunen samt Anliegen-Management-System und Rückmeldungsfunktion. Mit dem Modul Bürgerbefragung lässt sich die Stimmungslage in der Bevölkerung praxisnah erkennen und möglichen Konflikten frühzeitig begegnen. Auch der Bürgerhaushalt, der die Menschen in die kommunale Haushaltsplanung einbezieht, kann dazu dienen, ein besseres Verständnis beispielsweise für Sparzwänge

hervorzubringen. Weitere Online-Beteiligungsformate sind Vorhabenlisten und Ideenwettbewerbe, gezielte Abstimmungen, interaktive Karten zur ortsbezogenen Erhebung (Crowdmapping) oder moderierte Online-Dialoge. Anbieter wie Ontopica oder wer denkt was haben ganze Beteiligungsplattformen im Angebot.

Um mit der Online-Partizipation erfolgreich zu sein, erscheint es wichtig, dass die Mitmach-Plattformen ansprechend, übersichtlich und transparent aufgebaut sind. Der Ablauf der Bürgerbeteiligung, Termine, Verhaltensregeln und Beteiligungsmöglichkeiten müssen eindeutig und verständlich erklärt sein. Ebenso relevant ist es, dass die Ergebnisse jeder Beteiligungsphase öffentlich dokumentiert werden. Gute Kommunikation gilt als Erfolgsfaktor. Am wichtigsten aber ist es, den Beteiligungsangeboten auch Taten folgen zu lassen. Aus den Ergebnissen einer Online-Partizipation leiten sich zwingend Konsequenzen für die Umsetzung ab: Die Bürgerinnen und Bürger müssen ernst genommen werden. Entweder, indem den ausgewählten Vorschlägen gefolgt wird, oder, indem gut begründet und kommuniziert wird, warum Vorschläge nicht berücksichtigt werden können. Sonst wäre Partizipation ein Alibi.

Helmut Merschmann

Link-Tipp

Eine Sammlung kommunaler Leitlinien für Bürgerbeteiligung findet sich hier:

- www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Zum Regelwerk Bürgerbeteiligung auf der Website der Stadt Mannheim:

- <https://t1p.de/0lkmo>

Forschungskolleg Online-Partizipation:

- www.fkop.de

Update für die Demokratie

Die Stadt Frankfurt am Main will mehr Bürgerbeteiligung wagen und plant strukturierte Beteiligungsverfahren. Ein Gespräch mit Eileen O’Sullivan, Digitalisierungs- und Teilhabe-Dezernentin in Frankfurt, und Ralf Sagroll, Leiter der Stabsstelle Digitalisierung.

Frau O’Sullivan, Herr Sagroll, in Zeiten von Social Media stellt sich für Kommunen die Frage nach Partizipation und Bürgerbeteiligung neu. Wie ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main organisiert?

O’Sullivan: Im Rahmen eines Bürgerhaushalts ist die heutige Ideenplattform Frankfurt-fragt-mich (ffm.de) entstanden. Dort kann man Ideen und Vorschläge platzieren und benötigt 200 Unterstützer, damit die Angelegenheit beim Magistrat landet und dieser Stellung beziehen kann. Auf ffm.de gibt es einen Mängelmelder, Umfragen zur Stadtentwicklung und offene Themenforen. Wichtig wäre aber eine systematische, strukturierte Bürgerbeteiligung, die auch institutionell in den Prozessen der Stadtverwaltung verankert ist. Einige Städte wie etwa Mannheim haben das bereits. Bei uns ist das noch ausbaufähig. Mein Eindruck ist, dass sehr wenige Leute überhaupt von den bestehenden Beteiligungsformaten wissen.

Auf welchem Weg erreichen Sie die Frankfurter Bürger?

Sagroll: Früher hatte die Stadt Frankfurt eine eigene Zeitung, die Frankfurter Stadt-Illus, die an alle Haushalte verteilt wurde. Darin gab



Eileen O’Sullivan

es Einladungen zum Tag der offenen Tür und Informationen über Neuigkeiten aus der Verwaltung. Das gibt es schon lange nicht mehr. Zur Corona-Zeit sind einmal Impfinformationen an alle Haushalte verteilt worden. Ansonsten hat die Verwaltung keine Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Pendler gezielt zu informieren.

O’Sullivan: Wir versuchen natürlich, die Bürger über klassische Medien in Form von Pressemitteilungen und Interviews zu erreichen. Außerdem ist Frankfurt auf Facebook, Twitter und Instagram vertreten. Wenn eine Stadt in den sozialen Medien attraktiv auftritt, interaktiv und zeitgemäß kommuniziert, dann erhält sie auch Feedback. Das zeigen unsere Nutzerzahlen. Man erreicht aber nie alle Bürger.



Ralf Sagroll

Wie sieht ein strukturierter Beteiligungsprozess aus?

O’Sullivan: Frankfurt hat schon 2019, also lange vor meiner Zeit, von den Stadtverordneten den Auftrag bekommen, einen Leitlinienprozess durchzuführen, um die Bürgerbeteiligung systematisch in die Verwaltung zu bringen. Der Prozess ist ins Stocken geraten und wir wollen nun einen neuen Anlauf nehmen. Mithilfe unterschiedlicher Formate wollen wir herausfinden, wie wir die Bürger am besten erreichen und wo der Diskurs vielversprechend ist. Es sollen digitale Workshop-Formate erprobt werden, aber auch Präsenzveranstaltungen wie etwa ein Bürgerforum. Hier reicht ein Blick nach Köln, wo die Bürgerbeteiligung bereits in die Entscheidungsprozesse einfließt.

Dort hat die Stadtverordnetenversammlung ein Büro, das sich die Beschlussvorlagen ansieht und überlegt, wie Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollten. Wenn sich zum Beispiel das Grünflächenamt ein neues Fahrzeug kauft, werden die Bürger natürlich nicht einbezogen. Wenn man aber ein neues Parkraumkonzept einführen will, dann können die Stadtverordneten

einer Stadt wie Frankfurt am Main mit so vielen Lebensrealitäten geht es für die Verwaltung bei Beteiligung immer auch darum, selbst neue Perspektiven und Ideen zu bekommen. Entscheidend ist, das Feedback der Menschen später auch zu berücksichtigen und transparent zu machen, was damit passiert. Die Bürger müssen sich ernst genommen fühlen, damit sie den Instituti-

ben zusammen mit Experten sowie Bürgern in verschiedenen Workshops Ideen gesammelt. Wesentliches Ergebnis: Die Smart-City-Strategie enthält heute Projekte, die von den Stakeholdern priorisiert wurden und nicht von der Stabsstelle. Beispielsweise beim Projekt „Häuser heizen mit Daten“. Die Idee kam von einem Bürger, der sich intensiv mit dem skandinavischen

„Beteiligung muss zu Ergebnissen führen. Entscheidend ist, das Feedback der Menschen später auch zu berücksichtigen.“

der Verwaltung sagen: Wir möchten, dass die Bevölkerung in Form eines Bürgerrats beteiligt wird.

Welche Beteiligungsverfahren haben in Frankfurt schon stattgefunden?

Sagroll: Im Rahmen der Smart-City-Strategie wollten wir die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an einbinden. Das ist zunächst über eine Online-Umfrage geschehen, später durch Einladung interessierter Bürger zu Workshops und Round Tables. Doch trotz aller Aktivitäten ist es uns lediglich gelungen, eine begrenzte Zahl an Menschen zu aktivieren. Das liegt nicht an der Bereitschaft der Leute, sondern an mangelnder Reichweite. Gleichzeitig muss Beteiligung auch zu Ergebnissen führen. Beim Bürgerhaushalt ist das zum Beispiel kolossal schief gegangen. Da wurden 95 Prozent der Vorschläge abgelehnt. Wenn die Menschen so eine Quote sehen, werden sie sich beim nächsten Mal nicht mehr beteiligen.

O'Sullivan: Im Smart-City-Bereich ist es besonders wichtig, ein Ohr an der Bevölkerung zu haben und Beteiligungsformate zu entwickeln. In

onen vertrauen. Ich finde, unsere Demokratie verdient ein Update.

Welche Beteiligungsverfahren waren besonders erfolgreich?

O'Sullivan: Grundsätzlich gibt es Themen, bei denen sich eine Bürgerbeteiligung anbietet. Die Verkehrswende ist beispielsweise ein sensibles Thema – da muss man in den Austausch gehen. Das macht hier in Frankfurt das Mobilitätsdezernat mit dem Masterplan Mobilität. Ebenso wichtig ist der Austausch beim Thema Umwelt. Wir hatten im vergangenen Jahr etwa einen Demokratiekonvent, der von Bürgern veranstaltet und umgesetzt wurde, nicht von der Stadt. Mithilfe von Experten und einer repräsentativen Anzahl an Bürgern wurden über mehrere Wochenenden zehn Forderungen zum Thema Klima ausgearbeitet. Das war ein großer Erfolg. Gut einbinden lassen sich die Menschen auch bei Fragen zur Gestaltung des direkten Lebensumfelds.

Sagroll: Bei uns in der Stabsstelle Digitalisierung war das Smart-City-Forum am erfolgreichsten. Wir ha-

Raum beschäftigt hatte, wo man mit der Abwärmenutzung von Rechenzentren mehr Erfahrungen hat. Das war für Frankfurt zwar nicht völlig neu, der Impuls des Bürgers war aber das i-Tüpfelchen, und nun bemüht man sich konsequenter darum.

Ist Beteiligung immer positiv zu betrachten oder kann sie auch ein Hemmschuh sein?

O'Sullivan: Ich finde eine stärkere Bürgerbeteiligung schon deshalb gut, weil man dann die Politik benötigt, ihre Entscheidungen besser zu erklären. Besonders dann, wenn sie sich für einen anderen Weg entscheidet, als den, der empfohlen wurde.

Sagroll: Wenn es Lobbyismus aus der Wirtschaft gibt, warum soll es keinen Lobbyismus der Bürgerinnen und Bürger geben? Die Bertelsmann Stiftung hat das mal untersucht und für die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch solche direkten Wege insgesamt einen Nutzen festgestellt.

Interview: Helmut Merschmann

Geregelte Beteiligung

Rebekka Jakob

Die Stadt Braunschweig will künftig mit Leitlinien und einem Grundsatzkonzept für mehr Transparenz und klare Regeln bei der Bürgerbeteiligung sorgen. Neben unterschiedlichen Gruppen wird auch die Öffentlichkeit in die Erarbeitung einbezogen.

Der Rat der niedersächsischen Stadt Braunschweig hat die Vorlage „Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung“ einstimmig beschlossen. Dem Projekt vorausgegangen waren vielfältige Erfahrungen mit Einwohnerbeteiligung in verschiedensten Kontexten der Stadtentwicklung. Dabei stellten sich immer wieder die gleichen Fragen: Was ist Beteiligung genau? Was haben die Einwohnerinnen und Einwohner zu erwarten? Wobei dürfen sie mitreden? Wie werden die Ergebnisse der Beteiligung in das Projekt integriert? Welche Ressourcen stehen zur Verfügung, wie aufwendig darf, wie umfangreich muss die Öffentlichkeitsbeteiligung sein?

Aus diesem Grund will die Stadt Braunschweig innerhalb der kommenden zwei Jahre Leitlinien und ein Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung erarbeiten. Das Grundsatzkonzept soll der Stadtverwaltung ermöglichen, passgenau zwischen hohen Anforderungen an Qualität und Quantität der Beteiligung sowie limitierten personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu agieren. Dazu braucht es ein verlässliches Regelwerk, auf das sowohl Verwaltungsbeschäftigte wie auch die Ratspolitik zurückgreifen können, wenn sie vor der Ent-



Braunschweig will den Dialog mit seinen Bürgern fördern.

scheidung über die Ausgestaltung von Bürgerbeteiligungsverfahren stehen. Das Regelwerk macht ebenso der Bevölkerung transparent, in welchen Verfahren und Projekten sie in welchem Umfang beteiligt werden. Es zeigt auf welche Form von Mitsprache sie sich in einem Verfahren verlassen können. Dennoch soll die Beteiligung der Öffentlichkeit auch künftig immer auf die individuellen Projekte zugeschnitten werden.

Die Federführung für die Erarbeitung des Grundsatzkonzepts liegt beim Team Strategische Projekte im Dezernat des Oberbürgermeisters. Das Grundsatzkonzept soll in drei aufeinander folgenden Phasen er-

stellt und umgesetzt werden. Zeitlich wurde das Projekt bewusst auf den Anfang der Ratsperiode gelegt. Somit kann es mit einer breiten Zustimmung der Ratspolitik durchgeführt werden und wird nicht Thema im Wahlkampf. Die Erarbeitungsphase sollte zudem nicht zu lang und nicht zu kurz gewählt sein. Mit jeweils drei Arbeitskreissitzungen in Phase eins und Phase zwei hat man sich bewusst für eine knappe Anzahl entschieden, die ein gutes Management der Sitzungen, aber auch bei der Ergebnissicherung und der Kommunikation zwischen den Sitzungen erfordern.

Die Leitlinien und das Grundsatzkonzept werden mit Vertreterinnen

und Vertretern aus Ratspolitik, Verwaltung und Einwohnerschaft auf Augenhöhe erstellt – ein so genannter Trialog, der sich in anderen Kommunen bereits bewährt hat. Hier wird die konkrete Ausgestaltung der Leitlinien und des Grundsatzkonzepts diskutiert und entwickelt. Von jeder der acht Fraktionen beziehungsweise Gruppen im Rat der Stadt Braunschweig wurde ein Mitglied benannt. Außerdem wurden Verwaltungsmitarbeitende aus Bereichen mit häufigen Beteiligungsverfahren in den Arbeitskreis (AK) entsandt. Auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt ist vertreten.

Bei der Besetzung der Positionen mit Bürgerinnen und Bürgern wurden verschiedene Aspekte berücksichtigt. Zum einen sollten alle Altersgruppen und Geschlechter möglichst zu gleichen Teilen vertreten sein. Auf diese Plätze konnten sich Interessierte getrennt nach Geschlecht und Alter bewerben und wurden ausgelost. Da einige Gruppen in Beteiligungsverfahren häufig unterrepräsentiert sind, wurden zum anderen zwei Mitglieder vom Behindertenbeirat und vom Ausschuss für Vielfalt und Integration bestimmt. Der AK setzt sich insgesamt aus 28 Personen zusammen.

Im Juli ist der Arbeitskreis zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Dabei haben sich die Mitglieder schwerpunktmäßig über die Ziele von Bürgerbeteiligung, Qualität und Zielgruppen ausgetauscht. Begleitend zum Arbeitskreis wird eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorbereitet. Diese setzt sich zusammen aus öffentlichen Veranstaltungen sowie einer Online-Beteiligung, sobald die Leitli-

nien, das Grundsatzkonzept sowie seine Zwischenergebnisse vorgestellt werden. So kann die Einwohnerschaft eigene Vorstellungen äußern und Feedback geben. Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung sollen dem AK zur weiteren Bearbeitung und Berücksichtigung vorgelegt werden.

Für die Online-Beteiligung steht in Braunschweig eine eigene Plattform bereit. 2017 wurde diese vom Ideen- und Beschwerde-Management initiiert, um der Bevölkerung mit einem Mängelmelder und einem Ideenportal einen besseren Service bieten zu können. Die Plattform basiert auf einem Software-as-a-Service-Produkt der Firma Zebra-log. Seit Anfang dieses Jahres ist hierüber auch die Online-Beteiligung für die Projekte der Stadt Braunschweig möglich. Gleichzeitig wird die Plattform so weiterentwickelt, dass darauf alle Beteiligungsmöglichkeiten der Stadt aufzufinden sind – nicht nur die Online-Angebote, sondern auch Veranstaltungen vor Ort. Für die Online-Beteiligung stehen verschiedene Instrumente zur Auswahl. So können beispielsweise Ideen oder Herausforderungen für ein Projektgebiet mit einer Karte gesammelt, Kommentare zu einem Entwurfsplan abgegeben sowie kleine Umfragen zu einem geplanten Vorhaben gestartet werden.

Auf der Plattform präsentiert sich auch das Projekt „Leitlinien und Grundsatzkonzept Bürgerbeteiligung“. Alle Informationen stehen hier übersichtlich und anschaulich bereit. Als erste Beteiligungsaktion auf der Plattform wurde nach den Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gefragt.

Der Arbeitskreis hat die Aufgabe, noch in diesem Jahr einen Vorschlag für Leitlinien der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten, welche anschließend dem Rat zum Beschluss vorgelegt werden. Bis Ende 2023 sollen diese dann in einem Grundsatzkonzept konkretisiert werden. Anschließend erfolgt die Umsetzung in der Verwaltung. Bis dahin werden aber selbstverständlich weiterhin Projekte durchgeführt, bei denen Bürgerbeteiligung erforderlich ist. Solange wird, wie bisher, anhand der Ressourcenlage und dem politischen und öffentlichen Interesse entschieden, wie diese umgesetzt werden soll.

Um Erkenntnisse aus dem laufenden Prozess in die Arbeit einfließen lassen zu können, wurde ein Netzwerk innerhalb der Verwaltung aufgebaut. In allen Fachbereichen und Referaten, die Beteiligung durchführen, wurden Beteiligungsbeauftragte benannt. Diese haben einen direkten Draht zum Team Strategische Projekte und werden von dort mit aktuellen Informationen zum Thema Bürgerbeteiligung versorgt. Gleichzeitig können sie innerhalb der Organisationseinheit als Ansprechpartner zum Thema Bürgerbeteiligung fungieren und gegebenenfalls eine Beratung durch das Team Strategische Projekte vermitteln.

Rebekka Jakob ist bei der Stadt Braunschweig im Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung für Bürgerbeteiligung und Strategische Projekte tätig.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.mitreden.braunschweig.de
- www.braunschweig.de/beteiligung

Schritt zur Verkehrswende

C. Pfeffer / L. Seidl

Vor gut einem Jahr hat die Landeshauptstadt München die Meldeplattform Radverkehr eingeführt mit dem Ziel, die Radinfrastruktur in den kommenden Jahren zu stärken. Transparenz und der Dialog mit den Bürgern spielen dabei eine wichtige Rolle.

Weniger Autos in den Innenstädten, ein gut ausgebautes Radwegenetz, ein attraktiverer öffentlicher Nahverkehr: Die Förderung der klimafreundlichen Mobilität steht in vielen Kommunen aktuell weit oben auf der Agenda – besonders in der bayerischen Landeshauptstadt München. Dort soll bis zum Jahr 2025 und darüber hinaus der öffentliche Raum neu verteilt werden – zugunsten von Zufußgehenden, Radfahrenden und des öffentlichen Nahverkehrs. Die Landeshauptstadt hat dazu verschiedene Maßnahmen geplant, mit denen sie einen wichtigen Schritt in Richtung Verkehrswende gehen will. Den Stein ins Rollen gebracht hatten die zwei Bürgerbegehren „Radentscheid München“ und „Altstadt Radring“. Beide hatte die Initiative Radentscheid Anfang Juli 2019 bei der Landeshauptstadt eingereicht. Am 18. Dezember 2019 hat der Stadtrat die beiden Begehren ohne Änderungen angenommen. In der Folge hat München für die verschiedenen Stadtteile Umbaumaßnahmen entwickelt und den Ausbau der Radinfrastruktur forciert – für weniger Autoverkehr und mehr Umweltschutz.

Eine transparente Kommunikation war den Verantwortlichen dabei

wichtig. Angesichts der Einschränkungen durch die Pandemie setzte die Landeshauptstadt auf die digitale Bürgerbeteiligung. Insgesamt acht stadtteilbezogene Online-Dialoge wurden 2021 durchgeführt und dabei die vorgesehenen Umbaumaßnahmen anschaulich vorgestellt. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zeigten, welche Veränderungen im Straßenraum durch den Radwegeausbau zu erwarten sind. Die Teilnehmenden konnten via Chat-Funktion Fragen zu den vorgesehenen Umbaumaßnahmen stellen und den Planenden Anregungen mit auf den Weg geben. Die Fragen wurden gesammelt und von der Stadtverwaltung während der Veranstaltung direkt beantwortet.

Für den reibungslosen technischen Ablauf der digitalen Bürgerveranstaltungen sowie für die Moderation der Online-Dialoge sorgte wer denkt was. Bei dem auf digitale Bürgerbeteiligung spezialisierten Unternehmen weiß man um die Bedeutung solcher Veranstaltungen. Das Thema Mobilität ist erfahrungsgemäß schwierig: Nutzungskonflikte zwischen Auto, Fahrrad und Fußverkehr sowie unterschiedliche Interessen machen es für die Kommunen nicht leicht, konsensfähige Maßnahmen für eine nachhaltige Mobilität zu entwickeln. Umso

wichtiger ist es, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, Maßnahmen zu erklären, Fragen zu beantworten und für die berechtigten Interessen der anderen Gruppen zu sensibilisieren.

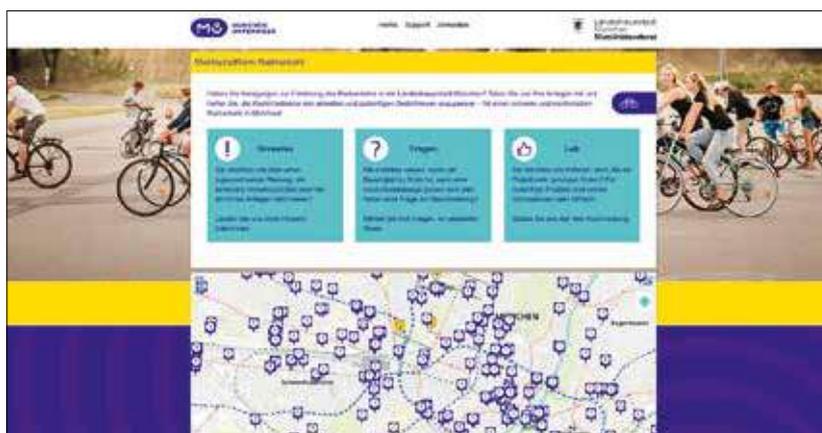
Beim Online-Dialog zur Maßnahme in der Boschetsrieder Straße sorgte außerdem der Digitale Zwilling München für Transparenz. Das digitale 3D-Stadtmodell wurde vom Münchner Kommunalreferat entwickelt. Es zeigt anschaulich, wie sich Straßenräume durch den Umbau verändern werden. Zusammen mit der transparenten Kommunikation kam das nicht nur in der entsprechenden Veranstaltung gut an: Im Februar 2022 wurde die Landeshauptstadt München für ihre Online-Dialoge auch mit dem zweiten Platz beim „Deutschen Fahrradpreis“ prämiert und in der Kategorie „Service und Kommunikation“ ausgezeichnet.

Viele kleinere Maßnahmen können bereits dabei helfen, den Radverkehr komfortabler, zügiger und sicherer zu machen. Oft können hier Bürgerinnen und Bürger wichtiges Feedback sowie Anregungen für Verbesserungen geben. Daher hat München als weiteres Element für einen starken Radverkehr im Juni 2021 die Meldeplattform Rad-

verkehr veröffentlicht. Sie ist in den MVV-Radroutenplaner integriert, einem Kooperationsprojekt des Münchner Verkehrs- und Tarifverbands (MVV) und des Mobilitätsreferats der Stadt München. „Wir wollen als Mobilitätsreferat die Radverkehrsinfrastruktur verbessern. Dank der Plattform gelangen über die Aufträge aus dem Radentscheid München hinaus weitere Anregungen und Wünsche der Radfahrenden einfach und schnell zu uns“, beschreibt Mobilitätsreferent Georg Dunkel die Möglichkeiten der städtischen Meldeplattform Radverkehr München.

Über eine digitale Karte melden die Radfahrenden ihre Anregungen, Wünsche, Fragen und Verbesserungsvorschläge zum Radverkehr an die Stadt München. Dafür stehen unterschiedliche Kategorien zur Verfügung, etwa Ampeln, Oberflächen, Fahrradabstellanlagen, Straßenbauarbeiten oder die Verkehrsbeschilderung. Daneben können die Radfahrenden Fragen beispielsweise zu Bauprojekten stellen oder Lob äußern.

Basis für die Meldeplattform Radverkehr bildet der Mängelmelder von wer denkt was, der an die Bedürfnisse der Stadt München angepasst wurde. „Position vor Ort eingeben, Kategorie auswählen, Foto und Kurzbeschreibung einfügen – das vom Mängelmelder bekannte Prozedere konnten wir ganz einfach übertragen. Wie beim kommunalen Mängelmelder werden auch bei der Meldeplattform Radverkehr alle Meldungen entsprechend ihrer Kategorie oder ihres Standorts automatisch den richtigen Mitarbeitenden zugeordnet“, erklärt Theresa Lotichius, Ge-



Die Bürger können sich über die Meldeplattform Radverkehr aktiv beteiligen.

schaftsführerin von wer denkt was. Die Plattform des Mobilitätsreferats geht dabei über die Anforderungen eines klassischen Mängelmelders hinaus. So werden nicht nur Mängel, sondern auch Anregungen, Wünsche und Fragen über die Meldeplattform aufgenommen und beantwortet.

Das Angebot stößt auf großes Interesse: Mehr als 2.500 Meldungen sind im ersten Jahr eingegangen. Das ist weit mehr als vor der Einführung der Plattform. Bis dahin waren Meldungen nur per E-Mail möglich und es gab rund 750 so genannte Anliegen pro Jahr. Was einerseits eine positive Überraschung ist, stellt andererseits eine gewaltige Herausforderung dar: Die entsprechenden Kapazitäten, die man an verschiedenen Stellen der Verwaltung für die zeitnahe Bewältigung einer solchen Anzahl an Meldungen benötigt, müssen erst noch ausgebaut werden. Momentan leisten die Mitarbeitenden in den verschiedenen beteiligten Referaten die Arbeit an der Meldeplattform zusätzlich zu ihren bestehenden Aufgaben. Zudem war es nötig, dass sich die Beteiligten erst einmal in die Plattform einarbeiten, die entspre-

chenden digitalen und technischen Routinen mussten sich zunächst einspielen.

Die Plattform vermittelt der Stadt weitere Hinweise für Verbesserungsmöglichkeiten, die sich aus den sonstigen Überwachungen und Beobachtungen bislang nicht erkennen ließen. Darüber hinaus und fast noch wichtiger für die Verwaltung: Die Meldungen helfen, Hotspots zu identifizieren, an denen Missstände immer wieder auftreten. Indem die Meldungen auf der Karte des Partizipationsportals angezeigt werden, schafft die Stadt zusätzliche Transparenz für die Nutzenden, Interessenvertretungen und die Politik.

Perspektivisch will München das Portal zu einer Melde- und Informationsplattform ausbauen. Dann soll die Übersichtskarte auch Informationen beispielsweise zu Fahrradstraßen, Maßnahmen beim Radverkehr oder Zukunftsplanungen beinhalten.

Christin Pfeffer ist bei der wer denkt was GmbH für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig; Lea Seidl arbeitet in der Radverkehrskoordination und Kommunikation im Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München.

Entwicklungsprozesse erleben

H. D. Schmitt

Das neue Web-Tool Your Voice stellt Wohnungsunternehmen und Kommunen 3D-Modelle von Bauvorhaben bereit. Entscheidungen können so auf solider Grundlage gefällt werden.

Der prozessbegleitenden Beteiligung und Meinungsbildung dient das Web-Tool Your Voice. Die Anwendung stellt ein 3D-Modell von Bauvorhaben bereit, das Bürger interaktiv nutzen können. Dieses veranschaulicht selbst komplexe Sachverhalte und einzelne Entwicklungsschritte. Erstellt wurde die Web-Applikation von der Projekt-Stadt, eine Marke der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte I Wohnstadt (NHW). „Die Zeit war reif für die interaktive, digitale Bürgerbeteiligung im virtuellen Raum“, sagt Marion Schmitz-Stadtfeld, Leiterin Integrierte Stadtentwicklung bei der ProjektStadt. Zusammen mit ihrem Team zeichnet sie verantwortlich für die Inhouse-Produktentwicklung von Your Voice. Die Applikation sei eine digitale Ergänzung zu bisherigen Beteiligungsangeboten, aber natürlich kein kompletter Ersatz für die direkte Kommunikation. Durch die Verlagerung in den digitalen Raum werde jedoch die Reichweite erhöht.

„In Pionierarbeit haben wir mit Your Voice eine moderne digitale Plattform für Stadtentwicklungsprozesse in ganz Deutschland kreiert. Ab sofort können wir dieses vielseitige Tool Wohnungsunternehmen, Investoren und Kommunen zur Nutzung anbieten“, erläutert Markus Eichberger, Leiter des Un-

ternehmensbereichs Stadtentwicklung bei der ProjektStadt. Die Applikation kann für alle Formen der raumbezogenen Kommunikation eingesetzt werden. Sie bietet sich etwa für die Mieterbeteiligung oder die gezielte Vermarktung von Immobilien an. Die geplanten Bauprojekte werden in einer realistisch gestalteten virtuellen Umgebung dargestellt – auch unter Nutzung von Geo-Informationssystemen (GIS). Entscheidungen können so auf eine solide Grundlage gestellt werden.

Your Voice demokratisiert räumliche Planungs- und Entscheidungsprozesse. Über eine Kommentarfunktion und eine Bewertungsskala können Bürger zu einzelnen Maßnahmen Stellung beziehen. Dank Crowdmapping in 3D können die Nutzer ihre Points of Interest (POI) setzen und sich via Video-Clips einzeln oder als Gruppe einbringen.

„Es war von Anfang an unser Anliegen, von abstrakten Plänen und Konzepten wegzukommen und den Menschen Entwicklungen in ihrer Nachbarschaft möglichst anschaulich und realitätsnah zu vermitteln“, erklärt Markus Eichberger. Auf der Mainhöhe, einem Wohnquartier in der hessischen Stadt Kelsterbach, ist dies im Pilotprojekt erprobt worden. Dort kam die Your-Voice-Anwendung im Frühjahr 2022 erst-



Bürger können das 3D-Modell interaktiv nutzen.

mals in ihrem vollen Funktionsumfang zum Einsatz: Neben Fotos und Videos, die den bisherigen Entwicklungsprozess im Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt dokumentieren, bietet die Web-Engine die Möglichkeit, dreidimensionale Modelle projektierter Neubauvorhaben in den räumlichen Quartiersbestand zu projizieren und zu erkunden. Darüber hinaus können geplante Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds in Echtzeit erlebt, interaktiv bewertet oder diskutiert werden. Die Bewohner können so Stellung zu einzelnen Entwürfen und Maßnahmen beziehen – per Kommentar und Rating-Skala. Bürgermeister Manfred Ockel begrüßt das Projekt: „Es ist wichtig, neue Anreize zu setzen und zukünftig noch mehr Menschen zur Mitwirkung an gesellschaftlichen Entscheidungen zu bewegen.“

Heike D. Schmitt ist Inhaberin der hd...s agentur für presse- und öffentlichkeitsarbeit, Wiesbaden.

Digitale Projektfabrik

Beteiligung in Klimaschutzstrategien

Wie organisiert man Kooperationen zwischen Verwaltung, örtlichen Unternehmen und der Stadtgesellschaft zur Umsetzung städtischer Klimaschutzstrategien?

Immer mehr Kommunen beschreiben in Klimaschutzstrategien ihre Transformation zu postfossilen Orten. Verwaltungsstrategien sind jedoch oft begrenzt auf Verwaltungseigentum und Verwaltungsprozesse – oder sie denken die Beteiligung von Mitstreitern mit. **Ohne Kooperation mit örtlichen Unternehmen und der Stadtgesellschaft ist eine ganzheitliche Transformation nicht umsetzbar.**

In jede Klimaschutzstrategie muss daher die Kooperation mit Nichtverwaltungsakteuren eingedacht werden. Je breiter die Zahl und Vielfalt der Beteiligten, umso stärker das Wirkungspotenzial. Aber wie organisiert man umsetzungsorientierte Beteiligung von hunderten Akteuren? Wie fokussiert man sie auf ein gemeinsames Ziel? Wie ermöglicht man Selbstorganisation, damit die Verwaltung nicht (ungewollt) zum Flaschenhals der Transformation wird, sondern zum Ermöglicher?

Die **Digitale Projektfabrik** erleichtert die Organisation solcher Prozesse:

1. Die Stadtverwaltung oder ein kommunaler Partner stellt mit der Digitalen Projektfabrik einen **digitalen Kooperationsraum** zur Verfügung, an dem 24/7 ortsunabhängig von vielen Akteuren gleichzeitig Projekte

geplant und sichtbar gemacht werden.

2. **Beteiligung wird konsequent auf Projektebene gedacht:** Strategieumsetzung als Bündel von Einzelprojekten. Es geht weniger darum, nur Ideen zu sammeln oder endlos zu diskutieren, sondern **aus Ideen Projekte werden zu lassen**, deren Umsetzung auf die Strategie einzahlt.
3. Unternehmen und Stadtgesellschaft werden eingeladen, **eigene Projektvorhaben einzubringen, die sie selbst umsetzen** –



vielleicht mit der Stadtverwaltung als Partner. Statt Projekte „bei der Verwaltung abzuladen“ entwickeln Beteiligte eigene Projektpläne und setzen sie um. Die Projektfabrik befähigt durch passgenaue Fragen und bürgerleichte Workflows. Entstehende Projektpläne sind als PDF exportierbar und können zu Maßnahmenkatalogen gebündelt, bei Finanzierungspartnern eingereicht oder dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt werden.

4. **Der digitale Projektmarktplatz** sorgt online für **Transparenz über Projekte** und die

Bildung von Projektteams. Akteure mit ähnlichen Vorhaben erfinden das Rad nicht neu, sondern schließen sich online zu Teams zusammen.

5. Die **17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und eine thematische Rahmung** („Klimaschutz-Projekte für Musterstadt“) fungieren als Klammer über alle Projekte. Projektpläne lassen sich miteinander vergleichen, um jene mit bestem Aufwand-Wirkung-Verhältnis prioritär zu behandeln. Die Möglichkeit, Fördertöpfe zu integrieren kann Anreize zu Teilnahme und Projektumsetzung setzen.

Die wirksame Organisation großer Kooperationsprozesse ist bislang eine Fehlstelle in der Umsetzung kommunaler Strategien. Ganzheitliche Transformation von Stadt und Region gelingt nur, wenn Wissen und Fähigkeiten vieler Akteure eingebunden werden. Kooperation ist angesichts des spürbaren Klimawandels, des wackligen Energiesystems und der bedrohten Daseinsvorsorge dringend nötig. Die Digitale Projektfabrik ist das aus den Dresdner Zukunftsstadt-Erfahrungen abgeleitete digitale Tool, mit dem solche Beteiligungsprozesse organisierbar werden.

Digitale Vorstellung der Digitalen Projektfabrik: **20.09., 13-14 Uhr.** Anmeldung, Informationen und Erklärvideos: www.projektfabrik.info

Norbert Rost,
Geschäftsführer futureprojects GmbH
norbert.rost@futureprojects.de
www.projektfabrik.info

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / E-Partizipation 50-51
- CMS | Portale / Spezial-Software 51
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 52
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 53
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur 54
- IT-Security / Breitband / Consulting / Online-Termine 55
- Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0	 <p>Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p>Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemangement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p>PORTALLÖSUNGEN</p>	<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2		<p>Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 20495-0 Telefax: +49 (0) 421 / 20495-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de</p>	<p>Governikus setzt sich für digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt ein und sorgt für den Schutz personenbezogener Daten mit zukunftsweisenden IT-Lösungen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation und der Umgang mit Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen im Vordergrund.</p>
D-4	 <p>Unternehmensgruppe</p>	<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7		<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7		<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8		<p>S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de</p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>
D-3	 <p>Ein Produkt der leanact GmbH</p>	<p>leanact GmbH Rebenring 33 D-38106 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 22436214 Fax: +49 (0) 531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de</p>	<p>Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 60 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.</p>

E-Government

E-Partizipation

D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-2		ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 60972-0 Fax: +49 (0) 451 / 60972-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.	CMS Portale
D-2		ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.	
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-3		KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Versorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.	
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.	

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS! Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtwert kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Thomas Jordans Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-10 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: vertrieb@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für Schul-IT alle Leistungen von der Bestandsaufnahme bis zur Realisierung aus einer Hand. Mehr als 3.500 Schulen vertrauen bereits auf die zuverlässigen und skalierbaren Lösungen aus Stolberg bei Aachen. Aixconcept sorgt dafür, dass Digitalisierung in Schulen erfolgreich ist.	
D-7	 Logo DIDACT	SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-1	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.	
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	E-Formulare
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionsichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Professionelles Sitzungsmanagement und Gremieninfo – mobil, digital und sicher. Von der App über das Voting bis zur Unterstützung der User – alles aus einer Hand. Ausgereifte, zuverlässige und langjährige Software für digitale Gremienarbeit und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation. Die Lösung für Ihr Sitzungsmanagement.	Sitzungsmanagement
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-1		Girona Softwareentwicklung und Vertriebsgesellschaft mbH Ansprechpartner: Philipp Jänsch Machnower Straße 21 D-14165 Berlin Telefon: 030 / 6 09 88 79 70 E-Mail: office@girona.de Internet: www.Girona.de / www.Konsentas.de	Konsentas ist ein flexibles, für Sie maßgeschneidertes, Online-Termin-Management-System für die vielseitigen Aufgaben der Verwaltung. Perfekt zum Abwickeln von Veranstaltungen (u. a. IfSG, SEU). Inklusive E-Payment, Anbindung an Fachverfahren & OZG-Umsetzungen + ein modernes webbasiertes Aufrufsystem mit dynamischen Wartelisten.	Online-Termine
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipzig Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrenintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0)2051 / 944-0 Fax: +49 (0)2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data ist einer der führenden Anbieter für kommunale Finanzsoftware und Systemlösungen. Als inhabergeführtes Familienunternehmen legen wir Wert auf ganzheitlich-nachhaltige Konzepte. Mit der veraltungsweit skalierbaren IT-Plattform VOIS bieten wir die passende Strategie. Für das VOIS Finanzwesen liefern wir exklusiv die passende Lösung.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen

D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGUV 115-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbeanzeige online > Register > elektr. Auskunft. Erlaubniswesen, ProStSchG; für Kreise & Gemeinden.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 25 4700 Fax: +49 (0) 2303 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91-900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91-110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 870 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 870 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 393-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 011 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (10/2022) erscheint am 30.09.2022



Recht auf Analog

Die Abgabe der neuen Grundsteuererklärung in Papierform ist nur in Ausnahmefällen möglich. Allerdings ist es womöglich verfassungswidrig, wenn der Staat den Bürgern vorschreibt, nur elektronische Verwaltungsleistungen zu nutzen.



Der Nutzen urbaner Geodaten

Digitale Zwillinge bilden in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf der Fachmesse Intergeo. Sie kommen beim Building Information Modeling zum Einsatz und spielen beim Aufbau von urbanen Datenplattformen eine wichtige Rolle.



IT-Schwerpunkte im Oktober

In der Rubrik Informationstechnik berichten wir über die Highlights der Kongressmesse Smart Country Convention in Berlin und stellen Wege zu einer gelungenen Usability und User Experience bei Verwaltungsprozessen vor.



Cyber-Angriffe abwehren

In einer neuen Serie werden konkrete Hinweise gegeben, wie sich Kommunen gegen Cyber-Angriffe wappnen können. Außerdem geht es im Spezial um IT-Security im Homeoffice und die sichere Nutzung privater Geräte für berufliche Zwecke.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	60	Governikus	7	Optimal Systems	21
Axians Infoma	17	ISGUS	3	regio iT	23
CC e-gov	33	JCC Software	2	S-Management Services	19
cit	27	Kommunix	37, 39	Wolters Kluwer	5
comundus regisafe	25	leanact	Beilage	Zweckverband KDO	13
futureprojects	49	NOLIS	59	Branchenindex IT-Guide	50 - 57

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855-2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1. I. 2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

AIDA ORGA GmbH (30); Andreas Prott/stock.adobe.com (12); Anne Lausen, Amt Mittellangeln (18); Davizro Photography/stock.adobe.com (32); Destina/stock.adobe.com (Titel, 4); Elnur/stock.adobe.com (24); Fokussiert/stock.adobe.com (Titel, 40); Frank Krautschick/stock.adobe.com (44); Gemeinde Ascheberg, Sebastian Döring (Fachgruppe Verwaltung, Personal und Digitalisierung) (20); HENADZ/stock.adobe.com (58); hkama/stock.adobe.com (35); HMinD/HTAI (26); Infracapital Deutschland (28); Jürgen Altmann (3); K21 media GmbH (8); Kreis Coesfeld (10); Kreis Wesel (22); Messe Berlin GmbH (58); Patricia Grähling, Stadt Marburg (36); Privat (16); ProjektStadt (48); Sikov/stock.adobe.com (14); Stadt Braunschweig (6); Stadt Frankfurt am Main (42); Stadt Mönchengladbach (6); Thomas/stock.adobe.com (58); Ursula Deja/stock.adobe.com (58); Wallfahrtsstadt Werl (38)

Kita-Platzvergabe leicht gemacht



Digitale Kita-Platzvergabe

Die trägerübergreifende Voranmeldung ermöglicht Kommunen, Trägern und Kitas eine effiziente Platzvergabe. Mit zahlreichen benutzerfreundlichen Funktionen vereinfacht NOLIS | Kita-Platz dabei den gesamten Vergabeprozess.

Das Kita-Portal

Mit dem Kita-Portal finden Eltern schnell und unkompliziert passende Betreuungsangebote in ihrer Kommune. Die Voranmeldung wird anschließend in wenigen Schritten online ausgefüllt und abgeschickt.



NOLIS | Kita-Platz

- **Übersichtlich:** Alle Einrichtungen auf einen Blick
- **Praktisch:** Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- **Effizient:** Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen

AKDB
Kommunalforum



digital richtung zukunft

Es ist wieder Zeit für das große Treffen der kommunalen Familie.
Endlich wieder gemeinsam vor Ort. In Garching bei München.
Für Experten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft.
Es ist Zeit fürs 5. AKDB Kommunalforum!

www.akdb.de/kommunalforum

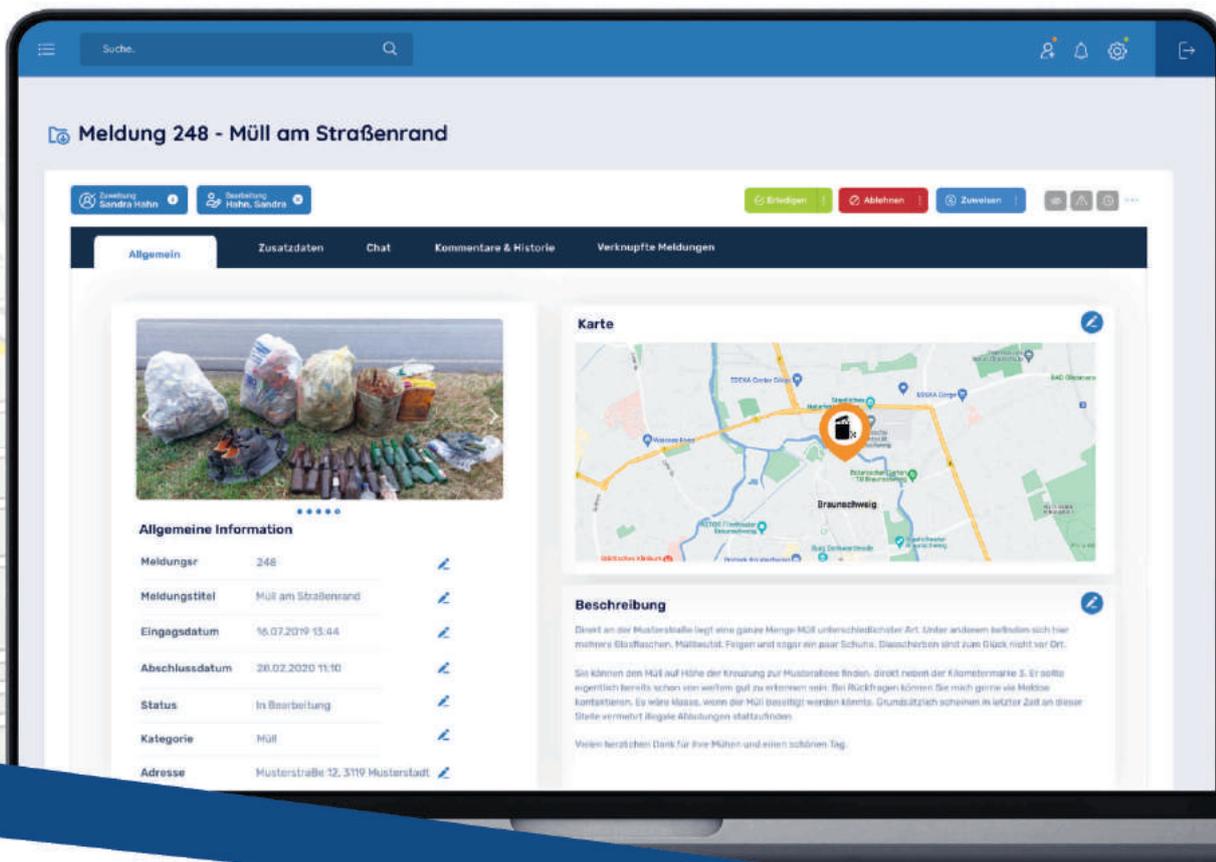
20. Oktober 2022
Jetzt anmelden!



Mehr als nur
ein
Mängelmelder!

MeldooPLUS

„Einfache Verwaltung!“
Auch bei Bürgeranliegen.



Sparen Sie Zeit bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen

Aufbauend auf dem traditionellen Mängelmelder hat die leanact GmbH mit MeldooPLUS ein innovatives Anliegenmanagement-System geschaffen, das Mitarbeitende von Kommunen bundesweit bei ihrer täglichen Arbeit entlastet.



Alle Meldekanäle

Erhalten Sie alle Bürgeranliegen in einem System, unabhängig ob diese über App, Website, E-Mail, Telefon oder Direktansprache eingegangen sind.



Klare Übersicht

Sehen Sie jederzeit ein, in welchem Bearbeitungsstand sich ein Anliegen befindet – für eine einfache Nachvollziehbarkeit bei Rückfragen.



Automatische Kommunikation

Textvorlagen, Eingangsbestätigungen und Statusupdates ermöglichen eine zeitschonende Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern.

Unsere Module: Hier sparen Sie richtig Zeit

Mängelmelder:

Schlaglöcher, Sturmschäden und illegaler Müll? Die intelligente Oberfläche zur Bearbeitung von Mängelmeldungen unterstützt Mitarbeitende bei Ihrer täglichen Arbeit.

Allgemeine Anliegen:

Ideen, Beschwerden und ortsunabhängige Bürgeranliegen. Das effiziente MeldooPLUS Ticket System spart Ihnen Zeit bei der ganzheitlichen Bearbeitung von Anliegen.

Bürgerbeteiligung:

Bürgerumfragen, Voting-Wettbewerbe und georeferenzierte Beteiligungskarten. Mit MeldooPLUS Bürgerbeteiligung schaffen Sie einen modernen Kanal der Bürgerpartizipation.

99

Unser Ziel:
Durch intelligente Software den Arbeitsalltag von Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung zu erleichtern.

Hadi Ghorashi, Geschäftsführer der leanact GmbH



Mit MeldooPLUS fokussieren Verwaltungen die zeiteffiziente Bearbeitung von Bürgeranliegen und schaffen gleichzeitig einen modernen Kanal der Kommunikation. Traditionelle Kanäle und Strukturen können dabei nahtlos in MeldooPLUS abgebildet werden.

Im Rahmen der Einrichtung besprechen wir Ihre individuellen Wünsche und Vorerfahrungen und legen fest, in welchen Bereichen unser System Sie unterstützen kann. Die einzelnen Module lassen sich dabei unabhängig voneinander nutzen und können problemlos auch zu späterem Zeitpunkt freigeschaltet werden. Bisherige Erfahrungswerte zeigen, dass die vollständige Integration von MeldooPLUS zwischen Auftakt und Übergang in den Alltag lediglich 5 Monate benötigen. So muss Digitalisierung gehen – nutzerfreundlich und entlastend.

”

Die Einführung von Meldoo – unserem kommunalen Online-Hinweisgebersystem – war ein erster, wichtiger Baustein im Rahmen der Digitalisierung von städtischen Dienstleistungen. Meldoo ermöglicht es unseren Bürger:innen, der Stadtverwaltung auf eine smarte Art und Weise, Schäden und Anliegen oder Hinweise auf Vandalismus, Verschmutzung usw. 24/7 mitteilen zu können. So werden wir in die Lage versetzt, schneller und besser Abhilfe zu leisten.



Stefan Bohlen, Erster Stadtrat der Stadt Pinneberg



Interessiert?
Jetzt anfragen!



www.meldooplus.de

- Kostenfreie Vorstellung von MeldooPLUS für Ihre Verwaltung
- Persönlicher Testzugang zum Ausprobieren in Ihrem Gebiet



0531 224 362 14



www.meldooplus.de